

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.
Fernaus Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsankwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1533
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 16.

Dienstag, 20. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verzugspreis, gegen Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark zu wenig durch Post oder über den Händler des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzuzahlen; ein Gewähr für das Gelehen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 2. num. rechte, 2 num. hohe Grundpreis-Zelle (6 Silber. 25 Gold-Pfennige); die 30 num. breite Kellameile 100 Gold-Pfennige; zitronenblätter und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife, Vermögens-Nabat reicht, wenn vor Bezug verfüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Bezahlungsort: Riesa. Aktuelle Unterhaltungsbeiträge — keinen Anspruch auf Lieferung oder auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Regierungserklärung Dr. Luthers im Reichstage.

Deutscher Reichstag.

v. Berlin, 19. Januar 1925.

Die Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt, im besonderen Nähe die Diplomatenloge. Auch auf der Journalistentribüne haben sich die Ausländer besonders zahlreich eingefunden.

Präsident Voß eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. und verliest das amtliche Schriftstück über die Ernennung des Reichskanzlers Dr. Luther und der neuen Reichsminister. Neu sind nur als Finanzminister v. Schlieben und Reichsverkehrsminister Dr. v. Rohne.

Auf der Tagesordnung steht die

Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Um 6 Uhr 25 Min. betritt der Reichskanzler mit dem neuen Kabinett den Saal.

Reichskanzler Dr. Luther erhält sofort das Wort und wird von den Kommunisten mit minutenlangen Amnestierufen empfangen.

Reichskanzler Dr. Luther

dankt zunächst dem scheidenden Kabinett, besonders dem Reichskanzlers Marx. Das Kabinett Marx, so führt der Kanzler fort, hat auf dem von Rückschlägen bedeckten und unruhigen Wege des deutschen Volkes einen deutlichen und bedeutungsvollen Beitrag zur Erfahrung Deutschlands zu rütteln. Auf dem Wege der Erfahrung weiter dem kleinen Ziel deutschen Wiederaufbaus zuzuschreiten, wird die Aufgabe der neuen Reichsregierung sein. Die Politik der neuen Reichsregierung wird völlig auf sachliche Arbeit im Dienste des deutschen Volkes abgestellt sein. Die Regierung wird sich dabei nach Möglichkeit von Parteidienst fernhalten. Sie wird sich bemühen, in lebendigem Zusammenhang mit dem Volkgang zu bleiben. Sie wird die Zusammenarbeit im Reichstag nicht nur mit den Parteien suchen, die in der Regierung durch Vertreter ausgemüht vertreten sind, sondern mit allen Parteien, die in staatsbewohnter Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen, damit die schweren Entscheidungen, vor denen Reichstag und Reichsregierung stehen, auf möglichst breiter Grundlage bewältigt werden.

Dazu war notwendig, dass eine Regierung gebildet wurde, die, wenn sie auch keine parteipolitische Koalition darstellt, sich grundsätzlich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt. Für mich war bei der Kabinetsbildung in erster Linie der Willen maßgebend, zu verhindern, dass aus der Regierungsserie eine Staatskrise würde. Das ist auch der Willen meiner Kollegen im Kabinett. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung vom 11. August 1919. Jeden Versuch, ihre Abänderung auf gewaltsame oder sonst ungeeignete Weise herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochverrat mit allem Nachdruck abwehren und verfolgen. Im übrigen wird sie sich angelegen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung oder ihre Auswirkungen in der Richtung nachzuprüfen, das unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gestaltet.

Nachzuprüfen haben wir auch die Regelung des Besitzungen des Reichs an den Ländern. Ihr Eigentum soll geachtet und auch in der Handhabung der Reichsregierung sorgfältig beachtet werden. Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die innere Wahrhaftigkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens richten und die im Beamtenamt lebendigen Kräfte besondere Vingabe an das Staatswesen fördern. Wir sind entschlossen, uns für die gesuchte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamten amtes einzusehen. Gerade in der Staatsform der Republik ist die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft.

Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, den konfessionellen Freuden zu hütten. Mit ihrer Außenpolitik will die Reichsregierung der Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen. Ihre Richtung wird auch für die neue Regierung in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die gemäß diesen Abmachungen erlassene Reichsbesetzung wird von uns lokal durchgeführt werden, wie wir die lokale Durchführung des Abkommens auch von unseren Vertragsgegnern erwarten müssen.

Die politische und soziale Entspannung des deutschen Volkes ist leider durch die Nichträumung der Adlener Zone sehr beeinträchtigt worden. Wir wiederholen die Stellungnahme der früheren Reichsregierung zur Nichträumung. Die Nichträumung enthält einen offensiven Überprüfung gegen den Geist und die Grundanschauung, die im Londoner Abkommen lebendig geworden waren. Hinsichtlich der Begründung mit angeblichen Verfehlungen Deutschlands in der Entwaffungsfrage wiederholte die Reichsregierung das Verlangen an die Alliierten, ihr das angekündigte Material in fürsässiger Weise mitzuteilen. Sie wird alle Kraft daran setzen, durch Verhandlungen die abschädige Räumung der Adlener Zone zu erzielen.

Zur sonstigen Ausführung des Londoner Abkommens stellt die Reichsregierung mit Bedenken fest, dass die Zusammenarbeit mit den ausländischen Verwaltungsstellen sich bisher in Sachlichkeit und ohne Rücksungen vollzogen hat. So werde in voller Übereinstimmung mit dem Kabinett mich bemühen, die Ausführung der mit dem Londoner Abkommen übernommenen Verpflichtungen zu sichern, mich aber auch mit demselben Nachdruck zu bemühen, die sich als notwendig erweisen Ermittlungen und Verbesserungen zu erreichen.

Die Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbunde ist niedergelegt in dem Memorandum der früheren Reichs-

regierung und in dem Schreiben, das an das Sekretariat des Völkerbundes ergangen ist. Im Zusammenhang mit der Völkerbundfrage wird die Regierung die Bemühungen fortführen, Deutschland von dem ungerechtfertigten Vorwurf des Versäufers Berittes über seine Schuld am Kriege zu befreien.

Nachdem am 10. Januar die uns durch den Versäufers Beritt aufgelegte Fehl der einseitigen Weitbegrenzung gefallen ist, wird die Reichsregierung sich bei den Handelsvertragsverhandlungen gegen alle Maßnahmen wenden, die die deutsche Handelsfreiheit befrachten. Auf innenpolitisches Gebiet wollen wir dazu helfen, dass alle schaffenden Kräfte des Volkes zu höchster Leistungsfähigkeit entfalten werden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung aus deutscher Scholle und die Stärkung der inneren Kaufkraft sind das Ziel. Die Beseitigung aller unnötigen und die breite Masse der Verbraucher ausdehnenden Versteuerungen wird auch die neue Regierung weiter erfordern. Nur durch Starfung und Erfahrung der deutschen Wirtschaft kann die Grundlage gefunden werden, um die sozialpolitische Arbeit im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu festigen und weiter auszubauen.

Die Beseitigungswürfe zum Ausbau der Sozialversicherung sollen baldigst dem Reichstag angeleitet werden. Dazu gehört auch ein Gesetzesentwurf zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung will weiter baldigst einen Arbeitsgerichtsgelehrtenwurf den gesetzlichen Körperschaften unterbreiten. Die angeblich Arbeitszeitgesetzgebung stellt ein nur durch die besonderen Zeitumstände gerechtfertigtes Notrecht dar, und die aus ihr erwachsenden politischen Härten müssen so schnell beseitigt werden, wie es ist.

In der Lohns- und Gehaltsentwicklung sollen baldigst dem Reichstag vorgelegte Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage auch der Arbeiterschaft zu Gute kommen. Die Indexberechnung soll verbessert werden. Im Abban der Wohnungswirtschaft wird die Regierung fortfahren, sowohl es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnöte vereinbar ist. Dabei wird sie sorgfältig die wirtschaftlich schwachen und die kinderreichen Familien berücksichtigen und möglicherweise schärfere Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Ausbeutung freiwerdender Räume vornehmen.

Zur Aufwertungsfrage werden dem Reichstag in fürsässiger Frist geschärferte Vorschläge unterbreitet werden, die endgültiges Recht schaffen sollen. Dabei soll im vollen Verständnis für die Notlage, insbesondere der alten Spater, in Ergänzung der dritten Steueroberordnung im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen den berechtigten Bündnissen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden.

Weiter sind Wege vorbereitet, die eine systematische, einheitliche, wirtschaftlich richtige und sozialgerechte Besteuerung in klaren, einfachsten Formen herbeiführen sollen. Die steuerliche Belastung des deutschen Volkes wird zwar immer außerordentlich hoch bleiben, die Steuern dürfen aber nicht so drückend sein, dass sie die Wirtschaftskraft lähmen oder der arbeitenden Bevölkerung eine nicht tragbare Belastung auferlegen. Deshalb soll der Abban jeder übermäßigen Besteuerung, die im letzten Jahre zur Erhaltung der Währung nötig war, nach Möglichkeit fortgesetzt werden.

Unters auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur muss vertieft und ihre Güter müssen in möglichstem Umfang auch den Nichtchristen zugänglich gemacht werden. Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit hofft die Reichsregierung, ein seit langem vorbereitetes Reichs- Schulgesetz dem Reichstag demnächst vorlegen zu können.

Die Verabschiedung des bereits vorgelegten Haushaltplanes wird erst möglich sein nach der gesetzgeberischen Beantwortung verschiedener Vorfragen, wie Aufwertung, Finanzierung und Steuergesetzgebung.

Der Reichskanzler schließt: Die Reichsregierung wird ihr Bestes tun, um das deutsche Volk einer dauernden Verbündung aufzuführen. Dafür wird die schwere Last, die auf unserem Volke lastet, nur langsam hoben werden können. Ein Vorwärtsstreben auf der ganzen Linie wird nur möglich sein, wenn jeder einzelne seine Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellt, und wenn das deutsche Volk aus seiner Zerrissenheit heraus sich immer einsüßer zusammenzieht. Nur dann wird das deutsche Volk durch Mühlen und Entbehrungen hindurch sich im Kreise der anderen Völker den Weg zu einem Wiederaufstieg bahnen, der ihm eine friedliche Zukunft sichert, die seiner Vergangenheit würdig ist.

Die Rede des Kanzlers wurde andauernd von lärmenden Zurufen der Kommunisten unterbrochen. Der Kanzler schloss unter dem lebhaften Beifall der Regierungskoalition.

Darauf verließ das Haus die Besprechung der Regierungserklärung am Dienstag 12 Uhr mittags.

Schluss 7 Uhr.

Beschlussmotive zur Regierungserklärung.

Berlin. Die gestern im Reichstag von Reichskanzler Dr. Luther abgegebene Regierungserklärung findet mit Ausnahme der "Roten Fahne" in keinem Blatt ausgeschlagene Ablehnung. Das Kommunistische Parteiorgan betont auch, dass die Kommunistische Partei als einzige Partei Opposition gegen die Regierungserklärung gemacht habe. Einzelne Punkte der Regierungserklärung finden allerdings in den Blättern, je nach der Parteirichtung, eine gewisse Kritik.

Insbesondere hinsichtlich dessen, was in der Erklärung nicht gesagt worden ist. Im Ganzen genommen nimmt die Presse aber eine abwartende Haltung ein und macht ihre Beurteilung der neuen Regierung von deren Taten abhängig.

Die deutschnationalen Blätter läusen an die neue Reichsregierung, in der zum ersten Male seit der Revolution deutschnationalen Vertreter über, entsprechende Hoffnungen. Die "Deutsche Tageszeitung" spricht von einem ersten Schritt auf neuem Wege. Es handelt sich jedoch um einen Anfang, der der Entwicklung bedürfe. Die neue Regierung müsse mit ihren Arbeiten da anfangen, wo die alte aufgehört habe und sie habe zunächst mit dem zu rechnen, was ihre Vorgängerinnen geplanten oder unterlassen hätten, freilich nicht mit Unabsichtlichem.

Die "Kreuzzeitung" unterstreicht die von Dr. Luther betonte christliche Grundlage unserer ganzen Kultur und bemerkt, wenn es der Reichsregierung ernstlich um die Durchführung eines nationalen christlichen Programms zu tun sei, dann müsse sie vor allem auf eine Änderung der politischen Verhältnisse in Preußen dringen.

Der "Volksanzeiger" spricht von einem neuen Typ von Reichsregierung, deren Zusammensetzung rein äußerlich schon eine Rückkehr zum Sachlichen, zu Sachmännern anzeigt.

Die "Zeitung" sieht den Hauptindruk, den die neue Reichsregierung hinterlässt, in die Worte annehmen: Das Kabinett Luther wird kein parlamentarisches Kompositkabinett sein. Luther, der auch über die Grenzen des Reichs hinaus die Kräfte aller staatsbewohnten Parteien zur Müntheit heranzieht will, will dem inneren Frieden dienen.

Die "Germania" sagt: Alles in Allem: Keine schlechte Politik, die uns da verkündet wurde. Was an diesen Versprechungen und Verhöhungen christliche Überzeugung und entschlossener Wille sind, bleibt abzuwarten. Das Gut, das die Regierung verspricht, wird das Zentrum christlich unterstehen, für jede Abwehrung wird es ein außergewöhnliches Augen haben.

Die Erklärung des Kanzlers, dass er die volle Verantwortung für die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen trage, nennt die "Vossische Zeitung" ein schönes Zeichen für die Verantwortungsfreudigkeit, die Ehrlichkeit und den Optimismus Luthers. Ob sie auch ein Zeichen für die Erkenntnis der realen Verhältnisse sei, müsse die Zukunft zeigen.

Auch der "Vorwärts" will die Taten der neuen Regierung abwarten, wenn ihm auch die Gedanken auf der Ministerbank größtes Misstrauen einfließen.

Das Reichskabinett ist vollständig.

Die neuen Minister.

Berlin. Das Reichskabinett ist inzwischen ergänzt worden. Das Reichsfinanzministerium übernimmt der Ministerialdirektor a. D. von Schlieben und das Verkehrsministerium Ministerialrat Direktor Rohne.

Reichsverkehrsminister Dr. jur. Rudolf Rohne wurde am 6. September 1876 in Neuburg (Schleswig-Holstein) geboren, 1903 zum Gerichtsassessor, 1907 zum Amtsrichter, 1909 zum Regierungsassessor ernannt; 1911 trat er als Regierungsassessor in das Oberpräsidium in Magdeburg ein, wurde 1917 Hilfsarbeiter im Ministerium der öffentlichen Arbeiten; im September des gleichen Jahres wurde er in diesem Ministerium zum Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat ernannt. 1922 wurde Dr. Rohne Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium, 1923 Staatssekretär derselben und Ende 1924 wurde er nach Bildung der Deutschen Reichsbahngeellschaft mit der Führung der Geschäfte des Reichsverkehrsministeriums beauftragt.

Finanzminister Dr. von Schlieben wurde am 14. Juni 1873 in Groß-Döhringsdorf (Schleswig-Holstein) geboren, studierte in Greifswald, Marburg und Berlin, war zunächst Regierungsassessor in Hanau oder Düsseldorf, dann Landrat in Helleberg (Preußen). 1918 wurde er Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat in der Reichslandesregierung, um 1919 in das Reichsfinanzamt, das jetzige Reichsfinanzministerium, übergegangen, wo er am 1. April 1920 zum Ministerialdirektor ernannt wurde. Er leitete hier die Staatsabteilung und hat vor allem im vergangenen Jahre bei der Sanierung der Finanzen entscheidend mitgewirkt.

Die neue Reichsregierung.

Dem neuernannten Reichskabinett gehören nunmehr an: Reichskanzler Dr. Luther; Dr. Stresemann als Reichsminister des Auswärtigen; Martin Schiele als Reichsminister des Innern; als Reichsminister der Finanzen Ministerialdirektor Dr. v. Schlieben; Ministerialdirektor a. D. Dr. Neuhans als Reichswirtschaftsminister; Dr. Braun als Reichsarbeitsminister; Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Preken als Reichsjustizminister; Dr. Gehlen als Reichswehrminister; Reichsminister a. D. Stigl als Reichspostminister; als Reichsverkehrsminister Staatssekretär Dr. Rohne; Graf v. Raats als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Mit der Wahrenehmung ist der Reichsjustizminister beauftragt worden.

Dertliches und Sachliches.

Missa, den 20. Januar 1925.

* Diebstahl. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden durch Aufbruch zweier Schäufesten auf der linken Seite der Wettinerstraße 5 Oberbemden (blauer Grund mit gelben Streifen und grünen Grund mit weißen Streifen), 5 grün- und lilafarbene Sportheimleiter sowie mehrere Kravatten für Stehuhlegerungen, ferner 4 weiße Nachttäschchen, 2 Damentuches und mehrere Damenbekleidungen gehoben. Sachdienliche Befriedmungen sollte man der Kriminalpolizei zur Kenntnis bringen.

* Beträger festgenommen. Von der Dresdner Kriminalpolizei wurde der Kaufmann Rudolf Hegerwald aus Chemnitz gebürtig, wegen hier verübter Beträgerereien festgenommen. Hegerwald ist jener Unbekannte, vor dem vor einigen Tagen im Polizeibericht gewarnt wurde. Er suchte bei Leitlinien um ein Darlehen nach. Dabei gab er sich fälschlicherweise als abgebauter Bahnhofbeamter Hofmann aus und schwand weiter vor, daß er schuldlos gescheitert sei und ein Kind in der Fürsorge unterbringen müsse. Hegerwald hat auf diese Weise in mehreren Fällen Beiträge von 5–20 Mark erlangt. Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, können dies bei der Kriminalpolizei oder der nächsten Polizeiwache nachholen.

* Die nächste Sitzung des Landtages findet heute nachmittag 1 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht das Anpassungsgesetz und andere Schulangelegenheiten. Das furchtbare Eisenbahnmäßig bei Herne gab der kommunistischen Fraktion Beratung, in einem Antrage zu fordern, daß mit dem Personalabbau sofort Schluss gemacht werde, der Arbeitsunfähigkeiten als Maximalarbeitszeit bei der Reichsbahn eingeführt und die Löhne und Gehälter angehoben erhöht werden. Eine Anfrage der Abgeordneten Schmidt und Genossen fordert die schleunige Befreiung der schon seit langem betriebsferigen Bahnhöfe Oberhau–Duisburgendorf. Unter den Eingängen des Landtages befindet sich ein Reichstagsstuhl für 1924, der den Gehaltsverhältnisse für die Staatsbeamten ab 1. Dezember 1924 Rechnung trägt, ferner eine Regierungsvorlage über die hypothekarische Belastung der Landwirtschaftsbetriebe des Wirtschaftsministeriums.

* Kleinrentner- und Kriegerfürsorge. Die deutsch-nationale Fraktion des Landtages hat die deutsch-nationalen Fleischkraften erachtet, sich dringlich dafür einzutunen, daß 1. die dritte Steuernotverordnung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung so bald wie möglich bestellt und dadurch der hier bestehenden Rechtsunsicherheit ein Ende bereitet wird; 2. die sogenannten Kleinrentner nicht allein den Almosenempfänger der öffentlichen Fürsorge zu unterstellen sind, sondern endlich als Gläubiger des Reiches anerkannt werden und gemäß ihrem guten Rechte von den Behörden des Reiches und der Länder als solche im Verkehr zwischen Behörden und Rentnern angesetzen und zu bewerten sind; 3. die vorhandenen für die Belange unserer Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen gegründeten Organisationen der Kriegerfürsorge in gebundener Fürsorge als selbsttätige Abteilungen den Wohnungsämtern eingeordnet sind.

* Milderung der Einkommenssteueraufzähungen für leistungsschwache Steuerpflichtige. Bei den bisherigen Einkommenssteueraufzähungen war auf leistungsschwache Personen dadurch Rücksicht genommen, daß bei ihnen regelmäßige Vorauflösungen nicht erhoben wurden, wenn die Jahresentnahmen nicht mehr als 600 Reichsmark (allo im Werte Jahr nicht mehr als 150 Reichsmark) betrugen. Wenn das Einkommen über diesen Betrag hinausging, waren Vorauflösungen vom vollen Einkommen zu erheben. Zur Milderung der darin liegenden Härtet hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß bei derartigen Steuerpflichtigen, deren Einkommen zwar im Kalenderjahr 1924 600 Reichsmark überstieg, aber nicht über 900 Reichsmark hinausging, auf Antrag auf das vierte Kalendervierteljahr, also bei der am 10. Januar 1925 fällig gewesenen Vorauflösung, ein Einkommen von 150 Reichsmark freigesetzt werden kann. Als leistungsschwache Steuerpflichtige im Sinne dieser Bestimmung gelten Personen, die erwerbsunfähig, oder in der Erwerbsfähigkeit bekannt oder über 60 Jahre alt sind und deren Einkünfte im wesentlichen aus Renten oder Altenteilen, aus Vermietung oder Vergabe von Grundbesitz oder aus auslaufenden Ruhäufen oder Unterstützungen herrühren.

* Wiedereinführung der ehemaligen politischen Kommissionen? Bei dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen wurde bekanntlich durch General Müller auch die Einrichtung der sogenannten politischen Kommissionen in Sachsen aufgehoben. Die nachfolgende Regierung Hollrich hat diese Kommissionen dann wieder mit angeblich anderem Aufgabengebiet bei den Kreis- und Amtshauptmannschaften untergebracht. Nun haben sich immer mehr Anhängerpunkte dafür ergeben, daß diese Kommissionen inzwischen wieder ihre frühere rein politische Tätigkeit in engstem Zusammenwirken mit dem Ministerium des Innern ausüben. Aus diesem Grunde hat die deutsch-nationale Landtagsfraktion folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: 1. Ist es auftreffend, daß die den Kreis- und Amtshauptmannschaften unterstellten Regierungskommissionen unter Übergebung ihrer vorgesetzten Behörden auch unmittelbar an den Minister des Innern berichten? 2. Ist es auftreffend, daß ihre Beziehungen nicht nur wirtschaftlich, sondern engeren ihrer Bestimmung auch politisch sind? 3. Welche Dienstvorschrift besteht darüber? 4. Ist es von der Regierung beabsichtigt, durch Wegnahme des Landes-Informationsamtes von der Staatspolizeiverwaltung und unmittelbare Unterstellung unter das Ministerium des Innern die frühere Einrichtung der Regierungskommissionen wieder ausüben zu lassen?

* Neuer Sachsischer Lehrerverein. Am 17. Januar tagte in Dresden eine Versammlung des Landesvorstandes mit den Vorsitzenden der Gaugruppen des Neuen Sachsischen Lehrervereins. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden Leupolt trat man in die Tagesordnung ein, der ersten Punkt eine eingehende Besprechung der Denkschrift des Volksschulministers bildete. Die Versammlung sah nach dem Vortrage Dr. Laubes folgende Entschließung: Die Denkschrift ist veranlaßt durch die Schulpolitik von 1919 bis 1924 und zeigt in ihrem Inhalte die Folgen dieser. Wenn sie neben anzurennenden Fortschritten einen Verfall der Volksschule feststellen muß, so ist gewiß ein Teil der Ursachen in den widrigen Zeitverhältnissen zu suchen, aber die unhaltbaren Zustände in unterschiedlicher und ergiebiger Hinsicht beruhen auf der Verkürzung der realen Grundlagen für die Arbeit in der Volksschule. Die Versammlung betrachtet die Herausgabe der Denkschrift als eine Tat des Mutes und stellt sich geschlossen hinter die geplanten Reformen des Volksschulministeriums, insbesondere tritt sie für Durchführung folgender Maßnahmen ein: Die neuzauschaffenden Schulinspektoren sind nicht lediglich Kontrollorgane, sondern verantwortliche Vorgesetzte der Lehrerschaft ihres Teilbezirkes. Die Bezirksschulräte sind zuständig für die Verwaltung des Volksschulbetriebes und für die Berufung in Streitfällen zwischen Inspektor und Lehrer. Es sind allgemein verbindliche Lehrbücher und Großpläne festzulegen. Die wissenschaftlichen Stunden sind zu vermehren. Der Schulbetrieb ist von den vielen Untersuchungen der Kinder zu befreien. Für die Süße der Begegnungen ist ein 8. und 10. Schuljahr einzuführen. Religiösen Lehrkräften ist eine Erhöhung der Pflichtstunden zu zulassen. Die Vikariate, die bei Krankheitssäulen im Lehrkörper des geordneten Unterrichtsbetriebes eingeschlossen sind

wieder einzuführen.“ Hierauf berichtete Leupolt über das Konkordat. Folgende Anträge fanden Annahme: Sicherstellung der staatlichen Aufsicht, Anstellung der Lehrer nur durch den Staat, Neutralität der Hochschule, die Lehrerbildung liegt in den Händen des Staates. – Um Anschluß an Befreiungen von Lehraufträgen wurden einzelne Gaugruppen mit der weiteren Bearbeitung von Lehrplänen beauftragt. Die Gaugruppe Chemnitz bildet den Hauptausschuß für Lehranträge. Die nächste allgemeine Versammlung wird in Zwickau stattfinden.

* Gesellenprüfung. Kommende Oktober beginnt wieder eine Anzahl von Handwerklerlingen ihre Lehrzeit. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Gesetz der Lehrling ob der Gesellenprüfung unterzogen soll, daß weiter der Lehrherr verpflichtet ist, die Lehrlinge zur Ablegung der Gesellenprüfung anzuhalten (§ 181 c der Gewerbeordnung) und daß er so darf machen, wenn er diese Pflicht gegen die ihm anvertrauten Lehrlinge verletzt (§ 148 Abs. 1 Ziffer 9 der Gewerbeordnung). Lehrlinge, deren Lehrherren einer Fassung nicht angehören, da sie ihre Gesuche um Erlaubnis zur Prüfung sobald als möglich und spätestens bis zum 10. Februar 1925 schriftlich an die Gewerbedammer zu richten. Dem Erlaubnisbesuch sind beizufügen: 1. ein von dem Geschäftsführer selbständig verfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf, 2. das Lehrzeugnis bezüglich des Lehrherrn darüber, daß und wie lange der Lehrling bei ihm in der Lehre steht, 3. die Zeugnisse der Fortbildungsschule oder einer Fachschule oder einer sonstigen gewerblichen Bildungsanstalt, welche der Geschäftsführer besucht hat, 4. Vorschläge für das Gesellenstück und Zustimmung des Lehrherrn hierzu, 5. die Prüfungsbücher von 10 Goldmark. Bei Handwerklerlingen bezüglich der Vorbereitung der Gesellenprüfung beträgt die Prüfungsbücher 15 Goldmark. Es wird noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Ablegung der Gesellenprüfung, zu der sich der Lehrling im Lehrvertrag verpflichtet hat, durchaus im Interesse des Lehrlings selbst liegt, da nur wenige später zur Meisterprüfung zugelassen wird, die die Gesellenprüfung bestanden hat. Die Meisterprüfung muß aber jeder ablegen, der nach vollendetem 24. Lebensjahr Lehrlinge anleiten will.

* Anwendung für das Nachbarschaftsrecht. Im überfüllten Saale des „Eldorado“ fand am Sonntag vormittag eine eindrucksvolle Kundgebung des Bundes der Bädergefeleß Deutschlands gegen die Aufhebung des Nachbarschaftsverbotes anlässlich der Wiederkehr des 10. Jahrestages der Tagarbeit im Bädergewerbe statt. Der Ortsgruppenvorsitzende Kurt Stein begrüßte zunächst in herzlicher Weise die Versammlung, der als Vertreter der Bäder-Begleitgewerbevertretung Matting-Zimmer beimahlte. Als Redner verbreitete sich der preußische Landtagsabgeordnete Wischnowitz (Berlin) zunächst über die Geschichte der Nachbarschaft. Vor allem seien es die Großbetriebe, die sich als Vorkämpfer für die Nachbarschaft betätigten. Über die Schäden der Nachbarschaft auf gesundheitlichem und kulturellem Gebiete seien sich wohl alle einig. Bis 1912 hätte sich daher allmählich der größte Teil der Bäder und Meister für das Nachbarschaftsrecht entschieden. Die Gründe, die dann im Kriege, am 10. Januar 1915, für den Erlass des Nachbarschaftsverbotes maßgebend gewesen wären, die Rücksicht auf Erspartnis an Kosten und Zeit, seien in dem heutigen verarmten Deutschland noch viel mehr zu würdigen. Es sei berechnet worden, daß etwa 40 Prozent an Kosten und Zeit in den weit über 100 000zählenden Bäderbetrieben erzielt worden wäre. Der Segen der Tagarbeit in den vergangenen zehn Jahren in wirtschaftlicher, hygienischer und familiärer Hinsicht sei gar nicht abzuschätzen. Der Bäder habe sich wieder als Mensch fühlen können. Der Bäderberuf müsse als einer der wichtigsten, ja, als der wichtigste Beruf davor geschützt werden, wieder in die nerven- und körperaufreibende Nachbarschaftsarbeit hingezwingt zu werden. Streng Strafen seien für diejenigen nötig, die aus Profitgier das Nachbarschaftsrecht übertragen, und hätten hier vor allem die Behörden die Pflicht, ein wachsam Augen zu haben. Das Bädergewerbe verlangt nicht aus Bequemlichkeit den Erlass eines Schwergesetzes, es will gute, einwandfreie Ware liefern, aber nicht seine Kraft und Gesundheit auf Spiel setzen. – Nach kurzer Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die Kundgebung der Bädermeistern und Gesellen steht fest, daß während der zehnjährigen Dauer der Tagarbeit sich das gesamte Bädergewerbe wirtschaftlich und gesundheitlich bedeutend gehoben hat. Sie erklären aus diesem Grunde an derselben festzuhalten. Alle Bestrebungen, die besonders von den Großfabriken kommen, die Nachbarschaft wieder einzuführen, werden sie mit den schärfsten Mitteln bekämpfen, um so mehr, da in den gesamten deutschen Großfabrikbetrieben nur vier Prozent Arbeitnehmer beschäftigt sind, während in den Klein- und Mittelbetrieben 90 Prozent der Gesellenhaft tätig sind.

* Ermächtigte Rückfahrtkarten für Winter sportler. Der Deutsche Sportklub hat die Einführung ermächtigte Rückfahrtkarten Wandsdorf-Lannenberg (Sachsen) endlich durchgeführt. Sie kosten statt 7 Kr. 10 Kr. nur 4 Kr. 50 Kr. und liegen im Tabak-Hauptverlage Cigaretten in Wandsdorf auf. Voraussetzung für die Vergünstigung ist die Mitgliedschaft beim Hauptverband Deutscher Wintersportvereine und die bezügliche Legitimation mit Abzeichen, die dann auch Erhöhung auf anderen Strecken (Weitwanderwegsleitstangen usw.) bringt.

* Bund Sachsischer Verbands-Drosten. In der Dresdner Kaufmannschaft versammelten sich fürstlich die Vorstände sämtlicher sächsischen Betriebsvereine des Deutschen Drosten-Verbandes, der Verbandsvorsteckende Sporleber (Breslau) und der Verbandsdirektor Dr. Thunissen (Berlin). Gegen der Zusammensetzung waren neben der Beratung rein sächsischer wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Angelegenheiten die Gründung eines Zweckverbandes der sechs sächsischen Unterorganisationen des Drosten-Verbandes (Sitz Berlin) in Sachsen. Dieser Zweckverband erhielt den Namen: Bund sächsischer Verbands-Drosten. Er hat die Aufgabe, im Rahmen des großen deutschen Verbandes die Belange der Fachkollegen und des gesamten Standes im Freistaate Sachsen zu vertreten. Den Verkehr mit der Landesregierung und deren Behörden, den Handels- und Gewerbefammern und, persönlich und schriftlich zu übernehmen, aufklärend über die Bestrebungen und Wünsche des Standes in der Deutschen Reichsstadt zu informieren, an den Landtagswahlen sich aktiv zu beteiligen und zur Hebung und Stärkung des Fachschulwesens usw. tätig zu sein, sind die weiteren Ziele des Bundes. Als Vertreterstand und erster Vorsteckender wurde einstimmig der Stadtverordnete Reinhold Sonniger (Dresden) gewählt, der gleichzeitig erster Vorsteckender des Bezirksvereines Dresden ist. Zum zweiten Vorsteckenden wählte man Paul Kirschbaum (Zwickau). Der Sitz des Bundes ist Dresden.

* Zum Auslandssportverkehr. Die Vorschriften, wonach bei Eingängen auf Postanwendungen sowie bei Überweisungen und Zahlungsanträgen nach dem Ausland, die 200 RM. überschreiten, Inhalt und Zweck des Geschäfts anzugeben und durch Namensweise zu belegen war, ist aufgehoben worden. Ferner sind auch die Vorschriften, wonach Wertpapiere nach dem Ausland und dem Saargebiet allgemein nur durch Vermittlung von Banken verhandelt werden dürfen, aufgehoben worden. Ebenso ist eine Vermittlung von Banken bei der Versendung von in- und ausländischen Zahlungsmitteln in Einschreib- und Werbbriefen, wenn der Geschäftskontakt des Geschäfts 60 Rentenmark oder den entsprech-

den Wert in ausländischer Währung übersteigt, nicht mehr erforderlich. Endlich brauchen auch Banken ihren Paketen mit Wertpapieren und Zahlungsmitteln nach dem Ausland und dem Saargebiet Erklärungen künftig nicht mehr beizufügen.

* Esperanto für Post- und Telegraphenbeamte. In der Telegraphen-Praxis (Verlag von Franz Weckhal, Bödele), die mit der „Postpraxis“ und „Wertpräxis“ vereinigt, jedoch ihren 4. Jahrgang beponnen hat und so durch ihren gelegenen Inhalt die Werthaltung weiter Kreise zu erwerben vermöchte, hat in ihrem 1. Heft des 4. Jahrgangs einen von Telegr.-Dir. Behrendt (Berlin) ausgearbeiteten Esperanto-Vorhang beponnen, der in seinem Aufbau der bekannten, auf physikalischer Grundlage beruhenden Methoden Werner ähnelt. Die Durcharbeitung kann jedem Volk- und Telegraphenbeamten bringend empfohlen werden, da der Vorhang gerade auf die Bedürfnisse des Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Funkbetriebe angewandt ist. Der Vorhang, der später in Buchform herausgegeben werden soll, dürfte manchem, der sich über die Welt- und Saarprache Esperanto unterrichten will, willkommen sein und eine merkbare Hilfe in den Lehrmitteln für das Post- und Telegraphenpersonal ausfüllen.

* Reichswehr in Brandenburg. Ende Januar werden in Annaberg und Umgegend Reichswehr-Wintermäntel mit Tarn- und Kraftwagen abgeholen werden. Die preußische Kraftwagenabteilung von Magdeburg und die von Dresden u. Belpzig werden in Annaberg Quartier beziehen.

* Die Flucht aus der kommunistischen Partei. Der Stadtverordnete Horning in Freiberg, der Nachfolger des fürstlich aus der kommunistischen Partei aufgetretene Stadtverordneten Dunke, hat sein Mandat niedergelegt, da auch er der kommunistischen Partei nicht mehr angehören will. Auch der für ihn in Betracht kommende Erzmann Schöne wird das Mandat nicht übernehmen, da er inzwischen stellvertretend der KPD den Rücken gekehrt hat.

* Tollwutgefahr. Vor einiger Zeit ist über zwei bedauerliche Todesfälle infolge Tollwut im Sittauer Bezirk berichtet worden. Wie sich durch die nunmehr abgeschlossene Hundemarter-Erkrankungen ergeben hat, stehen beide Todesfälle insofern in Verbindung, als die Verkrüppelten von dem gleichen Hund etwa Mitte Oktober gebissen worden sind. Der zuerst erkrankte Mann war gelegentlich eines Tanzvergnügen von dem in den Tanzsaal eingedrungenen dort unbekannten Hund, der später erkrankte in seiner Behausung im Nachbarort von dem seinem Hundewirt gehörenden Hund gebissen worden. Wie schon früher mitgeteilt wurde, ist das fragliche Tier wegen angeblich läppischen Benehmens von seinem Besitzer getötet worden. Und zwar ist der tollwutkrankte Hund ohne Lebendbeschau heimlich geschlachtet, auch der Fleischbecken entzogen und von einem in dem Orte wohnenden Handarbeiter gegenwohl. Dieser Mann ist, wie noch 20 weitere Personen, die von dem Hund gebissen wurden, bisher gefundebissen. Die Gebissenen und noch zehn andere Leute, die mit dem Hund in Berührung gekommen waren, haben sich ähnlich noch nachträglich der Tollwutinfektion unterzogen. Es sei nochmals auf die große Verantwortung hingewiesen, die in der jüngsten Zeit der erhöhten Tollwutgefahr jeder Hundesitzer in seinem eigenen und seiner Mitmenschen Interesse trägt. Ware das Tier besser beobachtet und schon beim Auftreten der ersten Ercheinungen eines veränderten Benehmens sicher verwahrt und tierärztlich untersucht worden, so wäre mit größter Wahrscheinlichkeit schwerer Unheil verhütet worden.

* Großenhain. In einem Unfall von Schwermut nahm eine erst seit kurzer Zeit in der bietigen Bezirks-Umweltkantl. beschäftigte gewebe eine Tochter eines Gemeindemeisters des Gemeindebezirks einen Hund in die Hände und gebissen worden. Sie ist im städtischen Krankenhaus den Wirkungen des Genusses erlegen.

Weihen. Nachdem der Einbruch des Finanzdezernenten und des Rates gegen die Einflüsterung der kostspieligen Totenbestattung von den Stadtverordneten abgelehnt worden ist, hat der Stadtrat beschlossen, die Entscheidung der Gemeindekammer verbleiben zu lassen. Grundsätzlich ist vom Stadtrat der Neubau eines Kleinen- und Kinderheims beschlossen worden. Die Mittel sollen durch eine Anleihe beschafft werden.

* Dresden. Der Ingenieur und Direktor der Hainsberger Maschinenfabrik Ernst Grafe A.G. in Dresden-Hainsberg ist mit seinem Auto auf einer Geschäftsreise in Bayreuth bei Nürnberg tödlich verunfallt. Seine Ehefrau ist bei dem Unfall verstorben. Ihr Sohn ist unverletzt geblieben. Groß-Dresden verfügt, trotzdem es seinen Händelmarkt immer mehr ausdeutet, noch immer nicht über ein einheitliches Straßenbahnnetz. Der weitaus größte Teil der Linien wird von der Stadt betrieben, während einige wenige, aber für die Allgemeinheit ebenso wichtige Strecken sich in der Hand des Staates befinden. Dieses Nebeneinander zweier Verwaltungen wird bei der Straßenbahnverbindung Dresden-Röthenbach nad der verhindern wollen. Die städtische Linie Röthenbach ist von Anfang an als Sonderlinie gelegt worden, so daß ein direkter Verkehr mit der Großstadt unmöglich ist. Hier muß mit allem Nachdruck die baldige Umgestaltung in eine normalspurige Linie verlangt werden. Ein anderer Nebelstand besteht bei der Straßenbahnverbindung mit Röthenbach. Von der Arbeitsanstalt ist die Strecke städtisch, von da ab städtisch. In der Nachkriegszeit haben sich nun auf dem Gelände des ehemaligen Arsenals zahlreiche Privatindustrien angesiedelt, die eine vielbündigerliche Belegschaft beschäftigen. Die in der Stadt wohnenden Arbeiter müssen auf der Straßenbahnlinie 20 doppelten Fahrsatz bezahlen. Im Interesse des Industriegeländes erübrigte es dringend erwünscht, wenn der einfache Fahrsatz dadurch ermöglicht werden könnte, daß die Straßenbahnstrecke bis zur Industrieanlage Röthenbach verlängert wird.

* Dresden. Zum Blauborde an dem Arbeitersinger ist noch folgendes zu berichten: Der Mordete ist am 9. Mai 1928 zu Hoyerswerda gehoben und war mit einem der Täter, dem 24 Jahre alten Schlosser Alfred Müller, während der Verbüßung einer längeren Justizhaftstrafe in Waldheim bekannt geworden. Wie noch erinnerlich sein dürfte, wurde in der Nacht zum 30. März 1921 im Hauptzollamt Dresden ein großer Diebstahl von Zigarettensteuern verübt und hierbei der Zollamtswächter Henner gestohlt. Sowohl der Mordete wie der Henner beteiligt war, erhielt er damals drei Jahre sechs Monate Justizhaft aufgelegt. Nach der Strafverjährung war Henner höchstens demüthig ein geordnetes Leben zu führen, doch sollte ihm die in Waldheim mit Müller gemachte Bekanntschaft zum Verhängnis werden. Der Reichenbach des Mordeten wurde am Sonntag von Kleinwelka nach Dresden-Böhlau übergeführt, wo am Montag 4 Uhr nachmittags auf dem Annen-Friedhofe die Beerdigung stattfand, zu der sich eine zahllose Menschenmenge eingefunden hatte. Die Grabrede hielt Max Hennemann von der Friedhofskirchengemeinde. Der Teil des Friedhofes, auf dem die Beerdigung erfolgte, war durch Polizeibeamte abgesperrt, eine Wachaufsicht, die sich als sehr nötig erwies.

* Dresden. Auf tollkühne Weise entflohen ist in der Nacht zum Sonnabend aus der Gefangenanstalt am Plauenschen Platz ein 19 Jahre alter Unterzuchtgefangener mit dem angeblichen Namen Barthel. Er war wegen eines Diebstahls in Haft genommen worden und hatte zudem wegen Grenzvergehen eine kleine Strafe zu verbüßen. Barthel war im Jüngsten Stockwerk untergebracht, er hat vermutlich mit den Singern ein über der Bettdecke befindliches Lichtfeuer zu öffnen verstanden, wozu konk. ein Stockfackel erforderlich ist. Durch das kleine Fenster gelangte er auf den Gang, der an den Böllen entlang führt, flüchtete dann

an eisernen Dachkonstruktionsteilen empor. Ist ein Schild entlang, bis er durch ein Dachfenster kriechen konnte. Von dort aus ist Barthel an einer an der George-Bücherstraße befindlichen Dachrinne unter großer Lebensgefahr herabgestiegen und so ins Freie gelangt. Nur mit Hemd, Unterhose und Strümpfen bekleidet, ergriff der tollkühne Kletterer die Flucht. Es erscheint unglaublich, wie die Kletterei im Innern der Gefangenanstalt unbemerkt blieben konnte.

N u g u s t u s b u r g . Eine Anzahl bekannter Großindustrieller hat zur Gründung einer Klubhaus-Gesellschaft aufgerufen, für die ein Aktienkapital von 300 000 Mark in Anteilscheinen zu 1000 Mark vorgesehen ist. Das geplante zweistöckige Klubhaus, das an der Straße nach Waldbrechen mit einem breitflächigen Grundstück auf Stadt und Burg Augustusburg errichtet werden soll, wird eines der modernsten Klubhäuser werden, das Raum für 70 bis 80 Automobile hat und im Sommer gut 400 bis 500 Personen beherbergen kann. Allein die massive Terrasse wird gegen 200 Personen aufnehmen können. Mit dem Bau des in Barockstil gehaltenen Hauses soll bereits im Februar begonnen werden, so daß man hofft, es im Mai den Clubmitgliedern übergeben zu können.

Weißig bei Königstein. Die lange Trockenheit macht hier, auf der Weißiger Hochfläche, recht bemerkbar. Einige flinkliche Teiche, denen Wasser zum Tränken für das Vieh denutzt werden, sind schon längst leer. Auch einige Brunnen sind schon verstopft, so daß man gezwungen ist, das Wasser von dem tiefer liegenden Gemeindebrunnen mittels Schläuche holen zu müssen. Zur Feststellung von Wasser wußte vor kurzer Zeit der bekannte Wünschelrutenfischer Edler von Graeve hier und stellte eine ausbreitende Wasserader, die von dem Elbtale nach dem Eulensteine zu fließt, fest. Herr von Graeve verkäufte hierzu, daß die Quelle möglicherweise auf dem rechten Elbufer, das höher ist, ihren Ursprung habe, unter dem Elbbette hinweggeht und auf dem linken Ufer bergwärts steige. Demnächst soll mit Bohrungen begonnen werden.

S o w e n i z . Seit langer Zeit geht man mit dem Gedanken um, ein Sanatoriumshaus für Lungentranke der Bezirkverbände und Bezirksfreien Städte der Lausitz (Regierungsbezirk Bautzen mit den Amtshauptmannschaften Bautzen, Bittau, Löbau und Kamenz) zu schaffen. Nunmehr hat man ein hier gelegenes, großes, von Wald umgebendes Grundstück zu diesem Zweck erworben. Bündschuh hat der Kamenziger Bezirk dieses Grundstück gekauft, um es später dem von den Bezirkverbänden der Lausitz zu gründenden Zweckverbände zu überlassen.

* **B u n g e n a u .** Der hier wohnende jugendliche Arbeiter B., ein Bewohner von Büchsenleisch, ist durch die Nachricht, der Mäzenmörder Deutscher habe Menschenleisch an große Fleischereien verkauft, wahnsinnig geworden. Er mußte nach einer Poliklinik übergeführt werden.

C h e m n i z . Bettlerkreislichkeit. Über das Kapitel Bettlerkreislichkeit verbreitete sich in der am Donnerstag abend abgehaltenen Stadtverordnetensitzung der Regierung des Chemnitzer Wohlhaberamtes. Er teilte u. a. mit, daß an einem der belebtesten Chemnitzer Plätze ein "Schlittler" die private Wohnhaftigkeit in Anspruch genommen habe. Es sei festgestellt worden, daß seine Krankheit durch Einspritzungen hervorgerufen wurde, die er sich selbst beibrachte. Ueberdies haben sich hinter seiner blauen Bluse tiefgelunde Augen verborgen.

C h e m n i z . Von der Kriminalabteilung wurde ein hier wohnhafter 24 Jahre alter Buchbindler festgenommen, der von einem diebischen Kaufmann Tätilwaren im Werte von hunderttausend Mark auf Kommission erhalten und diese sofort zu Schleuderpreisen weiterverkauft hat. Außerdem kommt er noch in Frage, mehrere Geschäftsleute mit noch höheren Beträgen auf gleiche Weise geschickt zu haben.

L e i p z i g . Der Wahlkreisverband Bördeland der Deutschen Nationalen Volkspartei hat durch seinen geschäftsführenden Vorsitzenden einen Vorstand an den Oberstaatsanwalt in Leipzig ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die im linkssozialistischen "Sächsischen Volksblatt" erschienenen Artikel "Vandeverrat" und "Wehrwehr-Studenten" verwirkt und um Verfolgung der Schriftleitung wegen Vandeverrats erucht.

L e i p z i g . Der 80 Jahre alte Gutsbesitzer Friedrich Morenz in Groß-Dalsig bei Leipzig wurde tot in seinem Bett liegend aufgefunden. Die Leiche zeigte eine schwere Schußverletzung am rechten Auge. Die 49 Jahre alte Frau des Getöteten wurde unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftet und der Staatsanwaltschaft Leipzig zugeliefert. Frau Morenz ist seit zehn Jahren frisch und betölter, es wird vermutet, daß sie die Tat in geistiger Unnachtfahrt begangen hat.

Gewinnung des Bernsteins in Ostpreußen.

Die Bezeichnung "Bernstein" ist ein Sammelname für verkleinerte Härze, welche als Produkte von Koniferenwaldbeständen vergangener Erdperioden in den verschiedensten Gebieten der Erdoberfläche meist in jüngerem geologischen Schichten gefunden werden. Das reizende und seit Jahrtausenden bekannte Vorkommen liegt im Gebiete des südlichen Ostufer. Die Gewinnung des Bernsteins ist je nach der Lagerstätte verschieden. Der Bernstein wurde — wenn man die zahlreichen wilden, sicher zum Teil viel älteren, kleineren Grabungen außer acht läßt — schon seit 1800 direkt an der Samlandküste bei St. Hubertus und bei Bartenhagen gelegenen Tagebauen abgebaut, und zwar sowohl aus der eigentlichen blauen Erde, wie auch aus den gesetzten Sanden, eine Gewinnungsart, welche sehr stark die volkswirtschaftlich verderbliche Landzertörung des fruchtbaren Samlandes gefordert hat. Auch ist schon in früheren Zeiten mehrfach versucht worden, vom Abfall der Steilküste her in die Seeberge hinein mit Stollen vorzudringen; aber ausgedehnter Bergbau konnte sich erst entwideln, als man im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau größere Erfahrungen im Durchteufen looser und wasserreichen Gebirges gesammelt hatte, um der austretenden Wasserhochwasserfälle Herr zu werden. Schon einer der Firma Stantien u. Becker erstmals, von der Seite her die bernsteinreiche Blaue Erde durch Strecken abzubauen und dadurch alle höher liegenden wasserreichen Schichten zu untersuchen, während ein 1878 bei Rostock angelegtes Konkurrenzunternehmen des Hafens 1879 wegen zu großen Wasserandrangs aufgegeben werden mußte. Nachdem im Jahre 1898 die gesamten Betriebsanlagen und Handelseinrichtungen der Firma Stantien u. Becker, sowie der nicht kleine Grundbesitz jener Firma für rund neunehnhalf Millionen Mark vom preußischen Staate übernommen waren, in das schon von Becker lange Jahre betriebene Bernsteinbergwerk bei Kratzepellen noch ein vierzig Jahrhundert weiter betrieben worden. Nachdem während der Überwindung der vielen durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten in der Maschinen- und Kohlenbeschaffung die Ausbeute stark zurückgegangen war, ist man, wie Professor Dr. Andree, der Direktor der Bernsteinammlung der Albertus-Universität zu Königsberg Pr. in der Zeitchrift "Die Räder" mitteilt, zur Zeit auf dem besten Wege, die früheren Förderungssätteln wieder zu erreichen oder zu überbieten, zumal auch die bisherigen "staatlichen Bernsteinwerke" nunmehr wie alle staatlichen Unternehmungen in privatwirtschaftlichen Betrieb umgestellt wurden. Der Diluvialstein wurde früher in ausgedehntem Maße im Binnenlande Ostpreußen und den nördlichen Polen gebrannt. Grabungen in der Gegend von Pruskus südlich von Memel welche letzterzeit das Fundament zu

Besprechung der Regierungserklärung.

Die heutige Reichstagsitzung.

(Funkspruchmeldung.)

Berlin, 20. Januar, 12 Uhr mittags.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der 1. Beratung des Reichstagsauswahlpläne für 1924/25.

A b g . D r . B r e i t s c h e i d (Sos.) Der neue Reichsminister glaubt mit seiner gestrigen Erklärung dem Schillerischen Würdchen aus der Freude. Er erhält jedem eine Gabe, dem Blumen, jenem Brüder aus, oder er hat sie wenigstens versprochen. Die Lage dieser Regierung ist so, daß sie nicht von vornherein irgendwo ansetzen darf. Dieses Regierungskabinett bietet an sich wenig Angriffs punkte, aber man kann es nicht betrachten losgelöst von der Entstehungsgeschichte dieser Regierung und von den Persönlichkeiten, für die die Erklärung abgegeben wurde. (Sehr wahr bei den Soz.) Ein solches Programm der mittleren Linie hätte auch Herr Marx verstanden können. Ist dieses Programm ernst gemeint, dann versteht man nicht, warum Herr Marx gefürchtet wurde. Dann ist die Krisenmoderation der letzten Monate erst recht ein Verbrechen am Reiche. (Lebhaft Zustimmung links.)

Bei der Beurteilung des neuen Kabinetts kann man sich nicht allein auf die Lutherischen Aussprüche von gestern beziehen. (Heiterkeit.) Dieses Kabinett ist entstanden aus dem Streben der Deutschen Volkspartei nach dem Bürgerblod, für den Herr Stresemann eintritt, kurz vorher noch der Herold der großen Koalition, mit einer Konsequenz, die sonst nicht gerade seine starke Seite ist. (Heiterkeit.) Wenn er die Erwartung aufbricht, die Deutschenationalen würden als Teilnehmer an der Regierung umstehen, so scheint es eher, daß Dr. Stresemann sich befiehlt, während die Deutschenationalen nach wie vor alles ablehnen, was unter Marx geschehen ist. Die Demokraten haben mit anerkannterdemokratischer und republikanischer Konsequenz den Bürgerblock abgesetzt, während die Politik des Zentrums sich in der letzten Zeit nicht gerade durch Geschäftigkeit, sondern nur durch Faulheit ausgezeichnete. An dieser Haltung des Zentrums scheiterte unser Vorschlag der Wiederherstellung der Weimarer Koalition. (Auf rechts: Sie wollen wieder an die Hitlerkrippe!) Ach, reden Sie (noch rechts) noch einmal von der Hitlerkrippe! (Sehr gut! links.)

Es ist keine Tugend, wenn eine republikanische Partei bulldam ist gegen eine Regierung, in der zweifellos Republikaner neben zweifellosen Monarchisten sitzen. (Sehr gut! links.) Der bereitwillige Protest gegen die weitere Besetzung der königl. Böne ist offenbar von den Parteien der Rechten gar nicht ernst gewesen, denn im preußischen Landtag haben sie den Saal verlassen, als der sozialdemokratische Ministerpräsident seine Protestrede hielt. Wir fragen den Außenminister, ob es recht ist, daß sein Kompromiß in der Räumungsfrage vorgekündigt war, wir fragen, ob man nicht durch Verhandlungen etwas hätte erreichen können. Dr. Stresemann scheint aber in der letzten Zeit so stark mit innerpolitischen Parteiproblemen beschäftigt gewesen zu sein, daß er darüber sein eigenständiges Konsort vernachlässigt hat. (Sehr wahr bei den Soz.) Wir Sozialdemokraten befürworten die Fortsetzung der Besetzung und die Art, wie sie verfügt wurde, ohne daß die Beschlüsse im einzelnen mitgeteilt wurden. Wir erwarten die offizielle Note ab. Andererseits darf man aber nicht von vornherein alle Beschwerden der Alliierten für ungrundiert erklären. (Unruhe rechts.)

Tatsächlich ist der Entente ein Vorwand für ihr vertragwidriges Vorgehen geliefert worden durch den "findlichen" Umgang mit den Geisleinwilligen bei der Reichswehr. Das durfte der Reichswehrminister nicht dulden (Komm rechts, Abg. Henning (Ratlos).) ruft: Kriegen Sie diese Rede von Frankreich bezahlt? Abg. Breitscheid ruft gegen den Abg. Henning: Sie dumy! Viel sozialdemokratische Abgeordnete rufen dem Abg. Henning daselbe zu.

dem Weltgeschäft der Firma Stantien u. Becker mit Rohbernstein gelegt hatten, gingen in einer jüngeren, alluvialen Lagerstätte um. Dieser verwandt ist die Bernsteinlagerstätte im Kurischen Haff bei Schwarzhorn: entdeckt bei der Ausbaggerung der Fahrrinne für den Dampferverkehr Königsberg-Memel, in dieselbe von der gleichen Firma in großem Maßstab von 1881 bis 1890 durch Dampfsägen ausgebaut worden, um welche Zeit dieser Betrieb in dessen wegen Unwirtschaftlichkeit aufgegeben werden mußte. Besonders ergiebig ist die Westküste des Samlandes, die sogenannte Bernsteinküste, und der Ostseeküste der Frischen Nehrung; aber alle Küstenstreifen der südlichen Ostsee und der Nordsee, in dieser vor allem die Westküste Schleswig-Holsteins mit den vorgelagerten Inseln, den "Bernsteininseln" (Eldritzen) des Altkrumms, liefern Bernstein, welcher, während der Eiszeit aus dem Osten herübergetragen, vom Meer abermals umgelagert und auf den Strand geworfen wird. Zum anderen Teil wird der Geschiebe in und mit den Langmassen, denen es wegen seines nur wenig über dem Wasser liegenden speziellen Gewichts beigemengt zu sein pflegt, noch während der Sturmbrandung, wenn der für die einzelnen Küstenstreifen wegen verschiedener Position zur Windrose etwas verschiedene gerichtete "Bernsteinwind" weht, mit "Schlieren" genannten Handnahmen aus der Brandung selbst herausgetischt, damit Soog- und Küstenstrom das wertvolle Material nicht zu weit abtreiben. Das ist eine von dem männlichen Teil der samlandischen Küstenbewohner ebenfalls seit langer Zeit ausgebüttet, nicht nur mühsame, sondern auch ungern und durchaus nicht ungefährliche Arbeit, an der sich die Frauen durch Auslesen des aus dem Strand geworfenen Geschiebinhalts beteiligen. Auf dem Bernstein ruht noch heute das sog. Bernsteinregal, das sich auf Jahrhunderte altes Recht begründet. Dieses Regal macht den Bernstein zum Eigentum des Staates, und jeder Finder von Bernstein ist zur Ablieferung verpflichtet und erhält dafür eine Hundprämie in Höhe des ungefähren Wertes, den der Bernstein als Rohware besitzt. Dieses Regal unterliegt jeder in Ostpreußen einerlei wo gesundene oder begrabene Bernstein.

Haushaltung beim früheren Reichspostminister Hößle.

B e r l i n . (Funkspruch.) Wie die "B. R." erfährt, ist der bisherige Reichspostminister Hößle anläßlich der ihm wegen der Kreditgewährung aus Reichspostgebäuden an den Barmat- und Michaelson-Konzern gemachten Vorwürfe eingebettet von der Staatsanwaltschaft vernommen worden. In dieser Vernehmung betritt Minister Hößle energisch, daß seine Tätigkeit in dieser Angelegenheit eine Verleumdung der Gesetzestattheit, da die Anleihe-Bergebung durchaus im Rahmen der bestehenden Wortschriften erfolgt sei. Minister Hößle hat seine Wohnung für eine Durchsuchung durch die Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt. Die Haushaltung, die auch auf das Reichspostministerium ausgedehnt wurde, ist gestern von der Staatsanwaltschaft vorgenommen worden.

Auf eine Frage des Präsidenten Doebe bekennt sich der Abg. Henning zu seiner Frage. Er erhält dafür einen Preis, nämlich einen Ordenungspreis. Er antwortet darauf, gegen die Ordnung des Hauses verstöhen zu haben, aber wenn derartige Fragen gegen einen gerichtet werden, so kann man nicht in parlametarischen Formen antworten. (Beifall links.)

Der Redner warnt dringend vor einem Krieg mit Frankreich, er würde das Kabinett Herriot gefährden.

Wir wünschen volle Ausklärung und Verfolgung der jungen Hindernisse.

Der große Apparat aber, der im Halle Barmat aufgeboten wurde in Verbindung mit der eigenartigen Information des Preises erweckte den Anschein, als wollte man hier die Republik kompromittieren, wie man in dem unmöglichen Magdeburger Urteil den Reichspräsidenten herabsehen wollte. Wenn Mitgliedern unserer Partei irgend etwas nachgewiesen werden kann, so werden wir unter Haus reinzuhalten wissen. Sie aber (noch rechts) sollten gefällig vor ihrer eigenen Tür stehen. Wir brauchen nur an die Skandale aus der Kaiserzeit zu erinnern, die Baden einst aufgedeckt hat. Dr. Luther verlangt von uns, wir sollten ihm glauben, daß sein Kabinett für die Hebung der Kaufkraft der breiten Massen wirken will. Er denkt wie sein großer Mannsvater an die Seligkeit durch den Glauben, wir bewilligen aber nur die Seligkeit durch gute Werke (Heiterkeit), und die können wir von den Männern dieser Regierung nicht erwarten. Wir können zu diesem Kabinett nicht das Vertrauen haben, daß es die in der Kanzlerrede gegebenen Versprechen einhält. In der Regierung steht Dr. Gehrer, der Reichswehrminister von Tragheit zu Tragheit (Heiterkeit u. Beifall).

Neben diesem nicht ganz maßlosen Republikaner sitzen so zweifellose Monarchisten wie Schiele, von Schleben und Dr. Neuhau. Dr. Neuhau hat jetzt als Minister den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet, den er einst als Staatssekretär verweigert hat. Paris ist ihm eine Reise wert. Ihm ist es einen Eid auf die Republik wert, wenn er in eine Regierung eintreten kann, die zu betrachten ist als eine Gruppe nach der Monarchie. (Auf: Gott sei Dank! Große Bewegung links, jetzt haben sie sich verraten.) Dieser Eid ist allerdings die beste Charakteristik des Kabinetts Luther. Wir werden diesem ausgeworfenen Rechtskabinett in schärfster Opposition gegenüberstehen und werden gemeinsam mit den arbeitenden Männern unsere Bemühungen nicht aufgeben, es durch eine republikanische Regierung zu ersetzen. (Beifall bei den Soz.)

(Die Sitzung dauert noch an.)

Die Stellungnahme der Fraktionen.

Präsident Doebe teilt mit, daß von den Deutschenationalen, von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei folgender Antrag eingegangen ist: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung. Von den Sozialdemokraten und Kommunisten sind Anträge eingegangen, in denen der Regierung das Misstrauen des Reichstags ausgesprochen wird.

Misstrauensaufrag der Kommunisten.

B e r l i n . (Funkspruch.) Über die Aussprache über die Regierungserklärung hat die kommunistische Reichstagsfraktion folgenden Antrag eingebracht: Die Reichsregierung besteht nicht das Vertrauen des Reichstags, dessen sie nach Art. 54 der Reichsverfassung bedarf.

Um die Zeier des 18. Januar.

B e r l i n . (Funkspruch.) Im Reichstage ist ein Antrag des Deutschenationalen Abg. Berndt eingegangen, wonach der 18. Januar zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes bestimmt werden soll.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme vom 20. Januar 1925.

Wegen Bedrohung und Betrag verhaftet.

R a s s e l . (Funkspruch.) Wegen eigenartiger Vorgänge bei Kreitgängenungen an eine dieleige Industriestraße seitens der Landeskreditanstalt Rassel sind auf Anordnung des Unterluftrichters der Polizei der Polizeiabteilung der Landeskreditanstalt Dr. Koppe und die Kaufleute Wilhelm und Fritz Nagenstein, die früheren Inhaber der Firma M. Rosenblum, verhaftet worden. Gegen alle drei ist die geistliche Unterfütterung wegen Bestechung und Betrug eingeleitet worden.

Schweres Autounfall.

E s s e n . (Funkspruch.) Gestern abend überfuhr ein mit sechs Personen beladenes Auto auf der Provinzialstraße von Bitten nach Dortmund in der Nähe von Stockum den Lehrling Rund und einen Polizeibeamten aus Stockum, wobei der Lehrling schwer, der Beamte leicht verletzt wurde. Darauf fuhr das Auto gegen eine Mauer, wobei es vollständig zerstört wurde und die Insassen, drei Herren und drei Damen, teils schwer, teils leicht verletzt wurden.

Ein geheimnisvoller Todesschall.

W i e b e l s f i r c h e n . (Funkspruch.) Gestern vormittag wurde der Dreher Bedmann aus Neunkirchen mit durchschnittenen Kleidern aufgefunden. Bedmann batte sich in der Frühe um 8 Uhr auf den Weg zur Arbeitsstätte begeben. In Wiebelskirchen suchte er eine Familie auf, dort erhielt er zu einem Streit gekommen zu sein, in dessen Verlauf auch die Frau des Hauses schwer verletzt wurde. Die näheren Umstände der Tötung Bedmanns müssen noch geklärt werden. Der Tote hinterließ Frau und 5 Kinder.

A u g u s t u s b u r g . Ahmed Bogus fordert Abgabe sämtlicher Waffen.

K o m . "Giornale d'Italia" meldet aus Valona, daß dort ein Aufruf Ahmed Bogus ergangen sei, binnen zehn Tagen alle Revolver und Gewehre abzuliefern. Für jede später aufgefundenen Schußwaffe müsse der Besitzer oder der Det eine Strafe von 10 000 Goldmarken zahlen.

Erfolgreiche Probefahrt des größten U-Boots.

B o r n o n . (Funkspruch.) Nach erfolgreichen Probefahrten ist das U-Boot 1 in Portsmouth eingetroffen. Es ist das größte U-Boot der Welt mit einer Überwasserwehrdrückung von 3600 Tonnen und einer Unterwasserwehrdrückung von 3800 Tonnen.

Unser grosser Inventur-Ausverkauf wird fortgesetzt!

Aussergewöhnlich billige Schürzen in vorzüglichen Stoffen:

| | | | |
|---|------|--|------|
| Wirtschafts-Schürze, Jumperform, guter gestr. Water gepasp. | 1.60 | Satin-Schürze, Jumperform, la bunter Satin | 2.20 |
| Wirtschafts-Schürze, mittelf. u. dkl. Streif., extrawelt | 1.95 | Satin-Schürze, Jumperform, la dkl. gemust. Satin, sehr solide | 2.80 |
| Wirtschafts-Schürze, Jumperform, vorzügl. gestr. Stoff, sehr breit .. | 2.45 | Jumperschürze, echter Indigodruck, elegante Form m. aparter Garn. | 3.10 |
| Wirtschafts-Schürze o. Träger, echter Blaudruck m. Volant | 2.60 | Jumperschürze, besser echtfarb. Cretonne, extrawelt | 3.80 |
| Wirtschafts-Schürze m. Träger, la gestr. Water | 2.65 | Jumperschürze, la Satin, grosse Form in eleg. dkl. Mustern | 4.35 |

KAUFAUS

Mädchen-Schürzen
in allen Größen
sehr billig

Fopp Lowitz

N A C H F

Knaben-Schürzen
in allen Größen
sehr billig

10 Sonderverkaufstage

Von Mittwoch, den 21., bis Sonnabend, den 31. Januar verkaufe sämtliche Winterwaren, als:

Filzschuhe und Pantoffeln, Schwitzer Strickjacken, Jumper Sportwesten, Strickjacketts Unterhosen, Handschuhe, Gamaschen Schals usw.

mit 10 Prozent Rabatt.

Seltenjumper, sonst bis 30 Mrkt jetzt jedes Stück M. 7,50.

Paul Jobst, Nünchritz.

Herren-Anzüge
hell und dunkel, von 35 Mrkt an
Konfirmanden-Anzüge
nur prima verarbeitet
Kinder-Anzüge I. 5.50 Mrkt
Paul Suchantke
Wettinerstraße 11.

Herren-Filzhüte
werden tadellos umgearbeitet, gereinigt,
gelärbt usw. nur bei

Pflugk & Kaiser
21 Wettinerstr. 21
Hofgebäude - kein Laden.



Kegel
und
Kegelkugeln
liefern zu äußersten Preisen in bester Qualität
W. Spengler
Stellmachersche
Wilhelmsstraße
Telefon 693.

Briketts.

Auf meinem Grundstück Kaiserstraße habe ich den Brikettverkauf aufgenommen. Vorzeitig sind prima west-sächsische Marken.

Beuna, Helene usw.
Kleinverkauf nur Mittwochs und Sonnabends.

P. Fr. Rühle.

Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen an Pfarrer Lunderstädt u. Frau Geißig geb. Ruppel Deutewig, 11. 1. 25.

Vereinsnachrichten

Gauvereinigung Riesa (GV). Samstagabend fällt dieser Donnerstag aus.

Allg. Ortsgruppenlotto Riesa u. Umg.

Die für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten, Angestellten usw. maßgebende Verdienstgrenze wird ebenso, wie die Grenze des jährlichen Gesamtentlohnens, bis zu welcher der Beitritt zur freiwill. Versicherung gestattet ist, auf 2700 Mrkt. Mark jährlich festgelegt. (Reichsgesetzbl. Nr. 1. 1925.)

Die Anmeldung dieser Personen hat bis 1. Februar 1925 zu erfolgen.

Der Vorsitzende. Paul Fiedler, Vorl.

Bezirks-Konsum- und Sparverein „Volkswohl“ e. G. m. b. H. Riesa - Großenhain.

Um mit den Restposten unserer Winterware zu räumen, werden folgende Waren zu Einfallspreisen und darunter abgegeben.

Wir empfehlen
soweit der Vorrat reicht:

Filzschuhe und Filzpantoffeln
Winterjoppen für Herren u. Kinder
Strickwesten, Tricotshosen
Untertaillen gef., wollene Schals
Seiden-Jumper, Kinderstrickanzüge
Röcklanelle usw.

Diese günstige Einkaufsmöglichkeit
wollen unsere Mitglieder beachten.

Stollen-Steuer betr.

Wir empfehlen unseren werten Mitgliedern recht rege
Benutzung unserer Stollensteuer (Marken à 25 Pf.).
Hierauf können jeder Zeit auch andere Waren
entnommen bez. Bar. Rückzahlungen erfolgen.

Ruß- und Brennholzverssteigerung.

Im Forsthaus Döbeln sollen Donnerstag, den 22. Januar 1925

| | |
|---|----------------------------|
| ca. 311 St. lieg. u. steh. Stämme 10/15 cm Mittenstärke | a) von vormittags 9 Uhr an |
| 115 " " " 16/19 " | " |
| 13 " " " 20/22 " | : 11 bis 15 m lang |
| " " " 23/30 " | : |
| 185 steh. Baumstäbe, 3 m lang | |
| 72 eich. u. bl. Höhe 7/15 cm Stärke, 8-9 m lang | |
| 580 steh. u. lieg. Höhe v. 7/15 cm Oberstärke | 3 u. 4 m lang |
| 150 " " " 16/20 " | |
| 215 " " " 8/9 " Unterstärke | |
| 175 " " " 10/12 " | |
| 190 " " " 12/15 " | |
| 480 " " " 4/5 " | |
| 400 " " " 6/7 " | |

b) von nachmittags 2 Uhr an
ca. 54 cm lieg. ungespaltenes Brennholz in Abt. 17,18
meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.
Stadtrat Döbeln, am 16. Januar 1925.

Geldlose der 1. Zwingerlotterie zu 1 M.

bei allen Kollekteuren

Ziehung: 2. und 3. Februar.

Geldgewinne: 30000 M. 20000 M. 15000 M. 10000 M. 7500 M. 5000 M. usw.

Frisch eingetroffen:

Büdlinke

Sprotten

Holländische Lebkuchenringe

Legnitzer Stangen-

und Harzläuse

empfiehlt billig

nur kleinenweise

Achtung!
Jedermann erhält auf Kredit
Herren- u. Damen- Kleidung, wie:
Anzüge, Schläpfer, Schwesternmäntel,
Gummimäntel, Schlosseranläufe,
Arbeitshosken, Damennäntel,
Kostüme, Kleider, Bettwäsche, Inlett,
Henden, Handtücher, Schürzen,
Schuhe usw.
negen nur geringe Anzahlung, be-
queme Teilzahlung und sofortige
Abhandlung der Ware.
Damen- Garderoben werden in
eigner Werkstatt auf Wunsch nach
Maß angefertigt.
Daher hat ein jeder die Möglichkeit, seinen Bedarf
zu decken nur bei

J. Bibring, Kredit-Haus
Riesa, Klosterstr. 7 L., gegenüber dem Umtsgericht.
Bei Teilzahlung kein Brekaufschlag.

Alle Arten Polstermöbel

wie Sofas, Matratzen, Chaiselongues, Aufliege- und Patentmatratzen empfiehlt aus eigener Werkstatt in solidester Ausführung zu billigen Preisen

Rudolf Leonhardt, Polstermöbel-
geschäft
Riesa, Kaiserstraße 18, frühere Rath. Kapelle,
Umwölkern. — Zahlungsberleichterung.

Unser diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

beginnt Mittwoch, 21. Januar 1925.

Wir betonen ganz besonders, daß
trotz der billigt kalkulierten Preise

nur Qualitätswaren

zum Verkauf kommen.

In Ihrem eigenen Interesse bitten wir Sie,
uns zu besuchen.

Scheibe & Weber

Langenberg-Glaubitz.

Zoo, Ausgang: It's der Guten, Erfahrung,
Heiterkeit? Alons: Nutzt doch die allein echten
Oberhauer Wacholderbonbons!
Fordernde überall Beutel à 15 u. 30 Pf. Vertreter
gesucht. Chem. Fabrik Willi Schulte
Oberhau i. Graue, 14.

Parkett-Fußbeden

bester u. billigster Preis, zweitje
auf alte, abgenutzte Dielen, liefert
und verlegt Döbelner Parkett.

Fabrik Julius Gröhl, Döbeln,

Am Bahnhof. Telefon 273.

Verbot!

Die Flürgenossenschaft Poppitz verbietet das
Fußballspielen auf der genutzten Flur und macht
die Gestaltungssatzung ausverkauft, daß sie für den
Schaden, den das Gestigkeit in den Feldern anrichtet,
haftbar sind. Die Flürgenossenschaft Poppitz.

Parkschlösschen.
Morgen Mittwoch Schweinefleisch,
ab 8 Uhr frisch Wollfleisch, später frische
Wurst, Bratw. mit Kraut u. Galler-
schüsseln. Fleisch- und Wurstverkauf.

Handwagen

solidester Bauart

Ersatzräder

alle Größen und Stärken
empfiehlt

zu äußersten bedenkend
herabgezogenen Preisen

Schlachtfest

Freibank Seerhausen.

Donnerstag 1 Uhr

Schweinefleisch

Preis 50 Pf.

Die heutige Nr. umfasst

8 Seiten.

Eingliedrige Sorgen um die Sicherheitsfrage.

* London. Die Lösung des Sicherheitsproblems ist nach Beendigung der Pariser Konferenz wieder zur Hauptaufgabe der englischen auswärtigen Politik geworden, jedoch sind bisher noch keinerlei Beschlüsse gefasst worden, da die Lage noch nicht als genügend geklärt angesehen wird. Wie indessen aus maßgebenden Kreisen verlautet, ist man grundsätzlich der Auffassung, daß den französischen Wünschen nach Sicherheit entgegengesprochen werden müsse. Man erkennt an, daß die während der Friedensverhandlungen der französischen Regierung gegebenen Zusagen, durch die die französische Ostgrenze gesichert werden sollte, nicht erfüllt worden sind und daß die von Frankreich seit fünf Jahren in die europäische Politik getragene Unruhe nur durch die Verstärkung der französischen Sicherheitswünsche beseitigt werden kann. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß England das Generalkonsortium ratifizieren wird, allerdings noch Abänderung einiger Punkte. Darauf läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen, da die Verhandlungen mit den Dominions noch nicht beendet sind und außerdem der Bericht der Militärkonferenzkommission noch aussteht, den man erst gegen Mitte Februar erwarten wird. Gleichzeitig wird in politischen Kreisen die Möglichkeit eines Dreimächte-Abkommen zwischen England, Frankreich und Deutschland erwogen. Aber hier handelt es sich nicht um amtliche Schritte. Es wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Befürchtung, die Lösung der Sicherheitsfrage würde auf Kosten Deutschlands erfolgen, ungrundlos sei. In diesem Zusammenhang müsse wieder betont werden, daß die maßgebende englische Auffassung der durch die Nichträumung Kölns geschaffenen Lage unverändert sei. Die Nichträumung Kölns stünde in keinem Zusammenhang mit der Frage der Räumung des Ruhrgebietes.

Zum Besuch der deutschen Marineleute in Mexiko.

Mexiko. (Rundschau.) Zum Abschluß der anlässlich des Besuches der Offiziere und Mannschaften des deutschen Kreuzers "Berlin" in der mexikanischen Hauptstadt veranlaßten Verhandlungen gab die mexikanische Regierung den deutschen Gesandten, die noch die Präambeln von Teotihuacan befreit hatten, ein Festessen. In herzlichen geselligen Aussprachen auf die Zukunft der beiden Völker fanden erneut die starken Sympathien Ausdruck, die Regierung und Volk beider Länder verbinden. Der Kommandant des Kreuzers "Berlin" dankte der mexikanischen Regierung und dem mexikanischen Volk für den herzlichen Empfang und die zahlreichen Beweise aufrechter Sympathie, die Offizieren und Mannschaften des Kreuzers in der Hauptstadt bereitgestellt wurden seien. Heute wird die Abordnung des Kreuzers "Berlin" die Rückreise nach Veracruz antreten.

Die zweite internationale Opiumskonferenz.

In Genf nahm unter dem Vorstoß des dänischen Gesandten in Berlin, Zabala, die Arbeiten wieder auf. England war diesmal durch Lord Robert Cecil, Frankreich durch Kolonialminister Daladier vertreten. An der Spitze der deutschen Delegation stand wieder der Gesandte von Eckardt. Für Holland kam der frühere Außenminister und jüngste Gesandte in Paris Lounion. Auf der Tagesordnung stand der Antrag der amerikanischen Abordnung, der bereits im Dezember zu großen Schwierigkeiten führte. Der Antrag geht dahin, daß die Konferenz ein Abkommen beschließen möchte, das die allmähliche endgültige Abschaffung des Rauchopiums in zehn Jahren festlege. Wie im Dezember, so betraten auch diesmal wieder die englischen, französischen und holländischen Delegierten in längeren Ausführungen die Zuständigkeit der Konferenz. Diese Angelegenheit müßte einer besonderen Rauchopiumskonferenz vorbehalten bleiben. Lord Robert Cecil und Minister Daladier haben trotzdem grundsätzliche Erklärungen über die Notwendigkeit einer Einschränkung des Rauchopiums ab. Daladier ging dabei vor allem auf die besondere Lage Indochinas ein, das in seinen Maßnahmen völlig von den Maßnahmen der Nachbarstaaten abhängt. Im übrigen verbreitete er sich auf schärfste gegen die Verbreitung des Opiumderivate.

Die Maßregelung Trotskis.

Amtsenthebung und kategorische Verwarnung.

* Moskau. Wie die Russische Telegraphen-Agentur meldet, wurde in der Plenarsitzung des Zentralkomitees und der Zentralkommission der Kommunistischen Partei Russlands ein Schreiben Trotskis verlesen, worin dieser sich gegen die Verhuldigung einer Politik der Revision des Leninismus, der Erziehung einer Sonderstellung in der Partei und der Disziplin gegenüber der Partei wendet und erklärt, er sei bereit, jede beliebige Arbeit in jeder beliebigen Stellung oder ohne Stellung bei jeder beliebigen Parteiteile zu erfüllen. Seine Amtsenthebung als Volkskommissar für Krieg und Marine sei dabei nicht erforderlich.

Das Zentralkomitee beschloß hierauf mit allen gegen zwei Stimmen und die Zentralkommission einstimmig bei zwei Stimmenabstimmungen, Trotski eine kategorische Verwarnung zu erteilen, ihn seines Amtes zu entheben und seine weitere Mitarbeit im revolutionären Kriegsrat für unmöglich zu erklären, und die Entfernung über die weitere Arbeit Trotski im Zentralkomitee bis zum nächsten Parteitag zu verordnen. Sollte sich Trotski eine weitere Verfehlung gegen die Tatsachen zuwenden kommen lassen, so würde eine weitere Tätigkeit im politischen Bureau der Partei für unmöglich erklärt und ein Antrag auf Entfernung vom Zentralkomitee gestellt werden.

Londoner Blätter zur Absehung Trotskis.

* London. (Rundschau.) Die Morgenblätter nehmen in ausführlichen Artikeln zur Absehung Trotskis Stellung. Times schreibt, alle Zeichen von Unzufriedenheit würden jetzt in Sowjetrußland als Trotskismus gebrandmarkt. Vielleicht werde es den Sowjetführern möglich sein, wie so manche andere Krise in der Vergangenheit, so auch die gegenwärtige landwirtschaftliche Krise zu überwinden. Für das Ausland aber werde es interessant sein, zu sehen, wie die bolschewistische Organisation nach dem Verlöschen ihrer beiden Hauptstädter Lenin und Trotski weiter arbeiten werde. Morningpost führt aus, im Interesse der europäischen Stabilisation sei es vielleicht als beziehend zu verzweigen, daß das Triumvirat Kamenec-Sjtalin-Sinowjew den Kampf gegen Trotski begonnen habe, denn dieser sei der Clique unendlich überlegen gewesen, weil er ständig genug war, zu erkennen, daß die Vergangenheit vorüber sei und daß die einzige Hoffnung der Sowjetunion in Vereinbarung mit den Kräften liege, die mächtiger seien als die vom Bolschewismus auf die Welt losgelassenen Kräfte. Trotski sei gegangen und habe seinen Platz wilden und unfähigen Männern überlassen. Für die britische Regierung bedeutet das eine Mahnung, vorsichtig zu sein und es zu vermeiden, daß in irgendwelcher Weise zu binden. Daily Chronicle schreibt, die letzten Ereignisse wiesen keineswegs auf eine Schwächung der bolschewistischen Oligarchie hin, sondern zeigten eher das Gegenteil, aber sie ließen vermuten, daß die Dänen und die Persönlichkeiten dieses Systems zusammenkrachten. Es sei der Glanz jedes absolutistischen Systems, daß es aus Mangel an Geschmeidigkeit und aus Faulheit zum Abschreiten schließlich zusammenbricht.

Zusage des Verbandes Deutscher Bribaboniers.

* Dresden. Am Montag vormittag wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Zunächst hielt Ministerialdirektor a. D. Gedemer vor Dr. Lehne, Direktor der Sächsischen Bank, Dresden, einen längeren Vortrag, in dem er u. a. aufführte:

Die Annahme, daß das Bankgewerbe Nutzniher der Inflation gewesen sei, ist ein Irrtum. Die scharfen Zusammenkünften der Banken in Gesellschaftsklima, auch solcher, die in Aktienkapital überhaupt nicht vermehrt hatten, zeigen, daß die Inflation den Verlust der Revenuen und die Auswirkung des Verlustes bewirkt hat. Bei diesem Verlust vieler kann die Lage keine andere sein, denn die Ursachen sind dieselben. Beim gesamten Bankgewerbe mußten die Folgen der Inflation sich unmittelbar bemerkbar machen, weil die Flucht in die Sachwerte als Mittungswert mit Rücksicht auf die Besonderheit des Geschäftsbetriebes und der Erfahrung des der Inflation ausgesetzten Papiergeschäfts durch Devisen infolge der Gelehrtheit nur in beschränktem Umfang möglich war. Unverständlich ist es, wie bei dieser Sachlage in einem den amtlichen Stellen erstatteten Gutachten dem Bankgewerbe der Vorwurf gemacht werden kann, daß es an den üblichen Begleiterlebenen und den Folgen der Inflation mitwirkte sei, weil es während der Inflation auf die Geldentwertungserscheinungen keine Rücksicht genommen und die Kredite viel zu billig abgetragen hätte. Die Banken und insbesondere auch die Privatbankiers, haben während der Inflation bei der Bewältigung der Raus- und Provisionslöhne auf die dringenden Wünsche der Reichsbank und die Lage der Wirtschaft Rücksicht nehmen müssen, und sie würden sich die schwersten Vorwürfe augesogen haben, wenn sie anders gehandelt hätten. Obwohl verdeckt ist aber der in denselben Gutachten und auch von anderen Stellen erhobene Vorwurf, daß das Bankgewerbe nach Eintritt der Währungsstabilisierung nicht weit und schnell genug in der Erhöhung der Raus- und Provisionslöhne vorgegangen sei. Die in der ersten Zeit der Stabilisierung noch nicht gedachte Entwertungsschaffung, ferner die Kapitalknappheit und die in abnormaler Höhe gebliebenen Geschäftsuntosten, einschließlich auch sozialer Rücksichten auf die Angestellten waren bei der Bewertung des Tempos der Entwicklung mit zu berücksichtigen. Trotz des durch die Inflation auch beim Privatbankier herbeigeführten Kapitalschwundes ist seine Mitarbeit bei der Wiederaufrichtung der Wirtschaft unentbehrlich. Sein Verstreben muß auf Kapitalbeschaffung gerichtet sein, um es der Wirtschaft zur Verfügung stellen zu können. Das Gebiet lombardfähigiger Papiere in den Vorteilszonen der Privatbankiers ist dabei schwer fühlbar, die enge Begrenzung der lombardfähigen Papiere in den Banken gelingt hindeutlich. Das Bankfaktor ist als Geldbeschaffungsmittel unentbehrlich, aber vom Bankier mit Voricht zu bedienen. Daß die Möglichkeit der Diskontierung von Bankakzepten bei Notenbanken auch dem Privatbankier zugute kommt, ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Unbedenklich ist die Bedeutung, daß die Belebung des Wechselverkehrs inflatorische Wirkungen äußern könnte. Vor einer neuen Inflation schließen und die Banken gelegen, die erreichte Unabhängigkeit der Reichsbank von der Regierung und der eiserne Willen des Leiters der Reichsbank, unsere Währung zu halten. Hierauf landen Beratungen innerer Natur statt.

In seiner Schlaukunst berichtete der Vorsitzende Bankier Alfred Baron: Ich hoffe, daß sie alle mit dem Empfinden von uns schwören, daß es dem Bankier ernst ist um seine Arbeit. Die Arbeit dient nicht nur seinen materiellen Interessen. Sie führt sich vielmehr in ihrer Eigenart der großen deutschen Wirtschaft ein mit der Wirkung, sie zu fördern und ihr wieder zu dem Platze zu verhelfen, den sie in früheren Jahren in der Welt eingenommen hat. Wir glauben alle, daß sich die deutsche Wirtschaft in der so oft anerkannten Bösigkeit und Unverdrossenheit, allem Unrecht und aller Gewalt zum Trotz, durchsetzen muß. Denn trotz allen Unglücks, trotz aller Niederlage und Demütigung, haben wir uns etwas erhalten: das ist die Einheit unseres deutschen Vaterlandes. Sie uns auf immer zu erhalten, die noch in Ketten liegenden deutschen Länder wieder frei zu machen, ist unter mir, ist die große Aufgabe, deren Erfüllung die Zukunft verlangt und deren Erfüllung unserer aller Arbeit gelten wird.

Eine bedeutsame Leipziger Kundgebung zum Bau des Elster-Saale-Kanals.

Die Frage des Baubeginns des Elster-Saale-Kanals scheint nunmehr in Fluss zu kommen. Auf Beitreiben Preußens und möglicherweise Magdeburgs und Berliner Wirtschaftskreise wird der Mittelkanal von Hannover nach Magdeburg direkt über Peine ausgebaut, und es ist auf die sogenannte Südlinie, die das mitteldeutsche Hoblen, Nall und Industriegebiet besser an das deutsche Wasserstraßennetz angeschlossen haben würde, verzichtet worden. Dafür hat sich das Reich verpflichtet, die Südlinie, einschließlich des Kanalierungs der Saale und des Elster-Saale-Kanals gleichzeitig und gleichwertig mit der Nordlinie auszubauen. Diese Verpflichtung hat es aber durch einen einseitigen Vertragstrakt nicht eine Leipziger Kundgebung, nachdem eine ähnliche von Dessau aus dieser Lage ausgegangen ist.

Da die Mittel der produktiven Erwerbskosten für gegenwärtig für den Bau der Nordlinie in Anspruch genommen werden und hier schon statt gebaut wird, so wird dasselbe jetzt von Leipzig aus für einen schleunigen Baubeginn des Elster-Saale-Kanals gefordert. Durch ein Eintreten der Leipziger Körperschaften von Handel und Industrie und durch eine Mobilisierung des Leipziger Rates und der sächsischen Regierung wird man das Reich veranlassen, sich seiner Verpflichtungen aus dem bestehenden Staatsvertrag zu erinnern. Die Hinauschiebung des Baubeginns auf fünf Jahre, wie sie das Reich vorgeschlagen hat, wird sich Leipzig nicht bieten lassen und wird auf seinem Rechte bestehen.

Die in einer Versammlung von Vertretern aller Leipziger Wirtschaftskreise einstimmig angenommene Entschließung wendet sich dagegen, daß unter völiger Verkenntnis der heutigen wirtschaftlichen und vaterländischen Bedeutung des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes, sowie im Widerstreit mit dem Staatsvertrag, der die gleichzeitige Herstellung aller Teile des Mittelkanals gewünscht, dessen Nordflügel mit bevorzugter Beschleunigung gebaut und demgegenüber der Leipziger Kanal zurückgestellt werden soll. Die Entschließung besteht darauf, daß Nord- und Südtteil des als einheitlich zugelassenen Mittelkanals in gleichem Fortschreiten ohne Beeinträchtigung des einen vor dem andern ausgeführt, und daß dementsprechend sofort mit der Inangriffnahme des Leipziger Kanals ebenso begonnen wird, wie das bei dem Nordflügel seit langem der Fall ist.

Immer neue Besuchungsgruppen.

Vom Räumung keine Spur.

* Berlin. Nach Meldungen aus dem besetzten Gebiet sind am Freitag und Sonnabend neue Truppen der Alliierten, sowohl Franzosen, wie Belgier und auch Engländer im besetzten Gebiet eingetroffen. Mutmaßlich handelt es sich nicht um Abdunstetruppen.

Zur Sonnenfinsternis am 24. Januar.

Das Jahr 1925 wird uns zwei Sonnenfinsternisse bringen. Eine totale Verfinsternis am 24. Januar und eine ringförmige am 20. Juli. Totale Sonnenfinsternisse sind verhältnismäßig selten und von so hohem wissenschaftlichen Wert daß die Astronomen diesmal so in Zukunft nicht ärgern werden, zur Ausführung der festbaren Minuten selbst weite und beschwerliche Reisen zu unternehmen, um in dem kleinen Streifen der vollen Verfinsternis ihre liegenden Beobachtungswarten aufzuschlagen. Denn im Gegensatz zu Mondfinsternissen, die dann gleichzeitig auf einer ganzen Halbkugel unseres Erdalls zu beobachten sind, bestreicht die Spur des Schlagschattens unseres Mondes, wenn dieser vor der Sonnenscheibe vorüberzieht, stets nur einen verhältnismäßig kleinen Streifen. Nur in diesem ist die Sonnenfinsternis dann vollständig, in allen anliegenden Gebieten aber je nach ihrer Entfernung von der Schlagschattenspur, mehr oder minder unvollkommen. M. Valier gibt in Reclams Universum eine interessante Betrachtung darüber, weshalb dieser eigenartige Verlauf einer Sonnenfinsternis auftritt. Während die Erde ihren Weg um die Sonne zieht, umläuft sie den Mond seinerseits in einer auf sie bezogenen annähernd kreisförmigen Bahn. Im Augenblick der Neumondstellung steht er also, von unsfern Beobachtungstandpunkt aus gesehen, von rechts nach links (am Himmel vom Westen nach Osten vorstretend) vor der Sonne vorüber. Läßt die Mondbahn in der Ebene des Erdalls, so müßte bei jedem Neumond eine Sonnenfinsternis eintreten. Tatsächlich ist die Mondbahn aber zur Erdbahnebene geneigt, sodass der Neumond für gewöhnlich ober- oder unterhalb der Sonnenscheibe vorbeigeht. Nur wenn der Neumond nahe dem sogenannten Knoten der Mondbahn fällt, trifft es sich, daß die Neumondfinsternis im Vorübergang mehr oder minder tief in die Sonnenscheibe einschneidet bzw. diese im äußersten Falle ganz verdeckt. Aber auch dann sind noch zwei verschiedene Ergebnisse möglich. Der Fall will es nämlich, daß die Mondbahn uns durchschnittlich nahezu gleich groß erscheint wie die Sonnenscheibe. Sollt man dazu, daß sowohl die Bahn der Erde, wie auch die des Mondes kein reiner Kreis, sondern eine leichte Ellipse ist, so kann es sich treffen, daß dann, wenn die Erde der Sonne nahe steht, der Mond uns aber gerade verhältnismäßig am fernsten ist, die Mondscheibe im Schwellen ein wenig kleiner erscheint, als die der Sonne. Hinzu kommt in solchen Fällen eine zentrale Verfinsternis statt, so bleibt ein schwächer Saum der Sonne übersehen, und wir erleben das Schauspiel einer ringförmigen Sonnenfinsternis. Ist dagegen die Erde der Sonne verhältnismäßig fern, so zeigt die Mondbahn uns seine Gestalt größer als die des Sonnenballs und verdeckt infolgedessen beim Vorübergang die leuchtende Scheibe unseres Tagesgeklirrs vollkommen.

Für die Finsternis am 24. Januar gilt folgendes Bahnenverhältnis. Die Erde lief wohl am 2. Januar durch ihre Sonnennähe. Die Sonnenscheibe erscheint daher auch am 24. 1. noch verhältnismäßig groß, aber auch der Mond steht gerade am 23. Januar in seiner erblicken Stellung, so daß seine Gestalt ihrem Höchstwert nahe kommt, und immer noch etwas größer ist, als die Scheibe der Sonne. Es wird demgemäß die Finsternis vom 24. Januar eine ringförmige, sondern eine vollkommene sein.

Neben dem Verlauf der ganzen Erscheinung ist das Folgende zu sagen. Die erste Verkürzung des Halbschattens des Mondes mit dem Erdall findet 1 Uhr 41 Min. 45 Sek. nachmittags mitteleuropäischer Zeit in einem Punkte mitten im Golf von Mexiko statt, für den in diesem Augenblick die Sonne gerade aufgeht. Von diesem Ort des ersten Kontaktes breitet sich der Mondschatten auf der Erdoberfläche in sojanlagen wellenförmig aus, wie die Ringwelle, die in einem Weiber entsteht, wenn man einen Stein ins Wasser geworfen hat. Dabei rückt die eigentliche Schlagschattenzone des Mondschatteneckels immer näher an den Erdglobus heran, bis sie 3 Uhr 2 Min. mitteleuropäischer Zeit in einem Punkte nahe vorbei von den großen nordamerikanischen Seen an ihm streift.

Von diesem Zeitpunkt an hölt sich dann die Finsternis auf ihrer vollen Höhe, während die Schlagschattenzone ihre Bahn beschreibt. Sie zieht über das Gebiet der großen amerikanischen Seen hinweg, um etwa nördlich von New York den Atlantischen Ozean zu erreichen. Von da an bewegt sich der Lauf der vollkommenen Verfinsterniszone wieder mehr nach Norden, bis sie in einem Punkte zwischen der Nordspitze Englands und dem Faröer Inseln den Erdall um 4 Uhr 45 Min. mitteleuropäischer Zeit verlässt.

Für Mitteleuropa und besonders für Deutschland liegen die Beobachtungsergebnisse recht ungünstig. Die Totalität der Finsternis endet nämlich nördlich von England, gerade in dem Augenblick, in dem die teilweise Verfinsternis ihren Höchstwert für die westlichen Gebiete Deutschlands erreicht. Im ganzen übrigens, besonders im mehr östlich gelegenen Teile Deutschlands, geht die Sonne schon unter, bevor die beginnende Verfinsternis ihren für den bestreitenden Ort sonst entfallenden Höchstbetrag erreichen konnte.

So wird die Sonnenfinsternis am 24. Januar für die meisten Gebiete des Deutschen Reiches kein allgemeines Auftreten erregendes Himmelsereignis werden können, denn Verfinsternisse unter 60 Prozent, d. h. solche Bedeutungen der Sonnenscheibe, bei denen nur weniger als der halbe Sonnendurchmesser vom Monde abgedeckt wird, fallen kaum merklich auf. Nur im Gebiete westlich des Rheins erreicht die Verfinsternis beträchtliche Werte, z. B. in Heidelberg 72 Prozent (um 5 Uhr 4 Min. mitteleuropäischer Zeit), in Frankfurt ebenfalls 72 Prozent (um die gleiche Zeit), in Bonn 75 Prozent (um 5 Uhr 8 Min. mitteleuropäischer Zeit) und in Düsseldorf sogar 76 Prozent (um 5 Uhr 9 Minuten mitteleuropäischer Zeit).

Gerichtssaal.

Die Bluttat in der Schnorrstraße in Dresden. Ein ungewöhnlicher Kriminalfall stand am Montag vor dem Urtagsgericht Dresden zur Verhandlung und richterlichen Entscheidung an. Gegenstand der Anklage war die nächtliche Bluttat in der Schnorrstraße, die bereits viel Aufsehen gemacht und zu allerlei Geschichten geführt, und die jetzt mit einem Nachspiel vor dem Strafgericht endete. Bogen Diebstahl hatte sich der 1902 zu Rommen geborene, in Dresden wohnende verheiratete Friseur Walter Eugen Rudolf Raselt zu verantworten. Der wegen eines gleichen Vergehens vorbestrafte Angeklagte wurde beschuldigt, in der Nacht zum 6. November vor Jahres Ende in der Wohnung des Kaufmanns Ladner in der Schnorrstraße diesem ein Buch, einen bulgarischen Orden und einen größeren Geldbetrag gestohlen zu haben, bestreite dies aber und gab vor Gericht folgende Darstellung: Am vorigen Abend will Angeklagter im Böhlhaus einen Kurzus besucht und im Anschluß daran ein Glas Bier getrunken und später zur Heimatbahn die Straßenbahn der Linie 8 benutzt haben. An der Einbiegung zum Wiener Platz sei ein Fahrgäst, der Kaufmann Ladner vom Zug gefallen und habe sich eine blutende Kopfwunde zugezogen. Angeklagter habe daraufhin den Verletzten nach seiner Wohnung geleitet, dort die Wunde gereinigt, die Haare wegfrisiert und einen Verband angelegt. Ladner habe dann eine Flasche Wein spendiert, man hätte sich unterhalten und auf die Treppe des Wohnungs-

inhabers will Rafeit im Schutz gehütet haben, er sei ein Student yet und wohne auf der Straße. Kurz vor dem Weggehen habe Radner vorsätzlich gedroht, es sei ein bulgarischer Orden weggelommen. Darauf entstanden Streitigkeiten. Vorher habe der Wohnungsbesitzer für die gewährte Hilfe Geld angeboten und förmlich Angeklagten in die Tasche gestopft. In großer Erregung sei Radner mit erhobenen Händen und mit den Worten: „Na warte nur Du Hund, das lösst Du mir büßen“ auf Angeklagten losgestürzt. Es kam zum Handgemenge. Radner will nur Schläge abgewehrt und Gegenschläge geführt haben. Man sei gestorben, vor Schmerzen am Auge habe er in größter Erregung den sterbenden Radner in einen Finger gebissen. Mit vor Gesicht gehaltenen Händen will Angeklagter die fortgesetzten Stiche Radners zu decken versucht haben und dann bestimmtlos geworden sein. Was Radner sage sei entstellt und unrichtig. Der Angeklagte, der insgesamt 32 Schlägen erhalten haben will, erklärte weiter vor Gericht, er sei ab Montag vom Arzt wieder als erwerbstätig geschrieben worden. Das Gericht vernahm hierauf den 32 Jahre alten Kaufmann Georg Max Radner, der an einem Bierverkauf beteiligt ist und über die nächtlichen Vorfälle unter Eid die nachfolgenden Angaben als Zeuge machte: Am 5. November weilte Zeuge geschäftlich in verschiedenen Teilen der Stadt, er habe von mittags ab bis gegen Mitternacht insgesamt etwa 10 bis 14 Glas Bier getrunken ohne dadurch angeheitert gewesen zu sein. Zur Heimfahrt benutzte Radner die Linie 8 (Auerkunz) und fuhr über Neustädter Bahnhof nach dem Hauptbahnhof. An folge einer Ermüdung will Zeuge in der Straßenbahn eingeschlafen und kurz vor dem Fahrtziel vom Sitz geschleudert worden sein. Radner habe sich behilflich gemacht, unterwegs als Student der Medizin ausgetragen und später in der Wohnung ergählt, er sei adliger Abstammung, er sei bisher nur zuvor beim König in Silbernenort gewesen. Aus Freude über die gewährte Hilfe habe Zeuge eine flache Sattelwundt, man traut Brüderlichkeit, tausche die Adressen aus, wobei Rafeit eine solche auf der Birtiusstraße engab. Radner habe er den Verlust eines bulgarischen Ordens bemerkt und schließlich dem Angeklagten die Taschen durchsucht. Zeuge fand dabei ein ihm gehöriges Buch, eine Anzahl zusammengepreßte Geldscheine und den verlorenen Orden. Beim Nachprüfen des Inhalts der Brieftasche habe plötzlich Angeklagter mit einem harten Gegenstand zugeschlagen. Es kam zu ernster Bagatelle. In der Notwehr will Zeuge sein Taschenmesser ergreifen und Rafeit verletzt haben. Als weiterer Zeuge wurde hierauf der 24 Jahre alte, im gleichen Hause wohnhafter Student Max Rudolf Hermann Glauß gehörte, der vom Zeugen Radner unmittelbar nach der Tat aus der Wohnung geflüchtet worden ist. Nach längerer weiterer Erörterungen hielt Staatsanwalt Dr. Raumann die Anklagerede, er führte u. a. im Wortlauten aus: Diese Bluttat habe seinerzeit großes Aufsehen verursacht, es war anfanglich die Meinung aufgetreten, ein Menschenleben sei zu beklagen. Erstaunlicherweise habe sich der Fall hinterher weit harmlos herausgestellt. Aesthetischer Kunst gelang es, ein Auge völlig zu erhalten, auf dem anderen Auge sei die Schärfe dauernd getrübt. Nach umfangreichen Ermittlungen sei die Staatsanwaltschaft auf dem Entschluß gekommen, das Verfahren gegen Radner wegen schwerer Körperverletzung einzustellen, dagegen müsse er nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die Bestrafung Rafeits wegen Diebstahls beantragen, was der Anklageteckter eingehend begründete. — Amtsgerichtsrat Dr. Otto erkannte indessen auf Freispruch des Beschuldigten mit der Begründung, bei dieser nächtlichen Situation genüge das Zeugnis Radners allein noch nicht, auf eine Verurteilung zu verzichten. Zu dieser Verhandlung hatte sich eine große Zuhörerzahl eingefunden, von denen nur ein kleiner Teil derselben Einloch zu finden vermochte. (R.-g.)

Kunsthonig für Bienenhonig. Der Händler Henneberg aus Großenhain wurde am 16. August 1924 auf dem Hauptbahnhof in Chemnitz angehalten, da Angeklagte eingelaufen waren, daß er verfälschten Bienenhonig bei sich führe. Es wurden bei ihm 50 Pfund vorgefundene und beschlagnahmt. Eine Untersuchung durch das chemische Untersuchungsamt der Stadt Chemnitz ergab, daß es sich um Kunsthonig handelte, dem gar kein oder doch nur ganz geringe Mengen echter Honig beigebracht war. Es ist wegen Vergehen gegen Paragraph 11 des Nahrungsmittelgegesetzes (Verbalien und Verkauf von verfälschten Nahrungsmitteln) verurteilt worden. Der Angeklagte, der wenige Monate zuvor zweimal hintereinander wegen desgleichen Deliktes gerichtlich bestraft worden ist, hatte sich damit verteidigt, daß er den Honig als echten Bienenhonig von einer Firma in Söldau bezogen habe und ihn ohne Prüfung im Glauben an seine Qualität habe weiterverkauft wollen. Er habe noch keinen verkauft gehabt, sondern der Posten hätte im ganzen an einen Chemnitzer Besteller abgegeben werden sollen. Demgegenüber hat das Amtsgericht bestont, daß der Angeklagte selbst wenn er seine Ware nur als Honig angeboten habe, sich doch strafbar gemacht habe, denn das Publikum verleihe unter Honig schlechthin Bienenhonig und rechte mindestens nicht mit einer derartig weitgehenden Verfälschung. Als langjähriger Bienenhonighändler hätte der Angeklagte die Fälschung unschwer erkennen können. Wenn er auch nicht vorsätzlich gehandelt haben möge, wofür starker Verdacht besteht, so liege doch Fahrlässigkeit vor. Die Revision des Angeklagten mache erneut gelten, daß es im guten Glauben gehandelt habe, wurde aber vom Oberlandesgericht Dresden (2. Strafrennen) losenpflichtig verworfen.

Germischtes.

Tödlicher Fliegerabsturz. Ein Flugzeug der Luftreederei Magdeburg ist gestern nachmittag auf dem Flugplatz Krakau-Winter während einer Schulflug im Gleitflug aus ca. 50 Meter Höhe aus unbekannter Ursache abgestürzt. Die beiden Insassen, der Fluglehrer Georg Hans und der Flugschüler Rudolph Kübler, ein Student aus Weimar, sind tot.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern nachmittag am Sandhäuser Berg bei Cassel. Bei nebligem Wetter kam bei einer steil nach scharfen Kurve ein schwerer Tourenwagen ins Gleiten und stürzte in voller Fahrtsgeschwindigkeit die Böschung herab. Der 27-jährige Großkaufmann Hans Haede aus Cassel war sofort tot. Auch der Chauffeur erlag bald seinem schweren Verletzungen. Der Wagen wurde vollständig zertrümmt.

Eine schwere Explosion ereignete sich in einem Steinbruch bei Demitz. Der Steinbrucharbeiter Weigert und der Arbeiter Wagner wurden sofort getötet; fünf Arbeiter, die über der Unglücksstelle Bohrversuche unternommen hatten, hatten kurz zuvor die Arbeitsstätte verlassen.

Gefährlicher Fischzug. In Irland in England gab es in einer der letzten Nächte große Erregung, als eine halbe Meile vom Land entfernt Rottsignale von der See aus aufstiegen. Rettungsboote eilten zu Hilfe und fanden eine Flotte von 30 Schrottenfischen, die auf Fischfang gegangen war, ihre Reise ausgeworfen hatte und plötzlich in einen solch enormen Schwarm von Fischen geraten war, daß die Reise sofort gefüllt waren und anfingen, die Boote zu versenken. Um sich überhaupt

zu retten, mußten die Schiffer die Reise abbrechen und so schnell wie möglich davongetragen werden. Gleichzeitig sprang ein starker Wind auf, und die Boote brannten Rottsignale ab. Sie konnten alle gerettet werden. Der Schleusenwärter Geertert, dessen Name in der Kriegsgeschichte mit dem Namen an der See von 1914 verbunden bleibt. Er öffnete im Okt. 1914 die Schleuse von Rostock und durch die Nebenstürungen ins Land segte, durch die der deutsche Transport aufgehalten wurde. Das Leinenbegängnis Geertert wird auf öffentliche Kosten und unter militärischen Ehrenungen stattfinden.

Gasangriffe auf einen Friedhof. In Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses Monats der Gasangriff auf.

Der Gasangriff auf einen Friedhof in Paris schloß sich am Sonntag der 23. dieses

